

vom industriellen Sektor mit ungewissem Ausgang – weiterhin auf Bildungswachstum stehen, ist den Studierenden anzumerken. Gedanken über ihre Aussichten bei Erwerbseintritt hüllen sie in abstrakt optimistische Formeln, wo sie sie nicht gänzlich ignorieren und als Gegenstand biographisch späterer Problemstellungen fürs Erste von sich schieben. Die Maxime des lebenslangen Lernens jedenfalls hat man verinnerlicht – und trifft sich dann doch mit den internalisiert-meritokratischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Vorgängerstudie, wenn auch nicht ohne ihnen kraft des Lobes der Bildung eine feinsinnige Leistungskritik entgegenzuhalten.

III.3.2 Jeder sollte etwas tun: Über politisches Interesse, politische Themen und politisches Engagement

„Halb tragisch, halb komisch, dass die, die jetzt dauernd ‚Weimar‘ rufen, nicht so recht ihren eigenen Weimarisierungsbeitrag wahrzunehmen vermögen.“²⁹²
 „Wir sind in der Uni-Blase.“²⁹³

Der *Studierendensurvey* dokumentiert, wie gesehen²⁹⁴, ein jüngst (seit 2016) wieder angestiegenes allgemeines politisches Interesse der Studierenden analog zur Gesamtbevölkerung. Die Gründe für diese Entwicklung mögen in der thematischen Dominanz der Migrationsfrage seit 2015 sowie im Aufstieg nationalprotektionistischer, nationalkonservativer und sozialchauvinistischer politischer Offerten in internationaler (Brexit-Votum 2016, später verstärkt durch die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten 2016) sowie bundesrepublikanischer (Genese von Bürgerprotesten rechts der Mitte in Gestalt von PEGIDA u. a., elektoraler Siegeszug der AfD seit 2016) Hinsicht bedingt sein. Das Auftreten von migrationskritischen Protestbündnissen in verschiedenen ost- wie westdeutschen Städten regte dementsprechend die spezifische Fragestellung der bereits erwähnten Vorgängerstudie an, nach Anzeichen eines veränderten politischen Klimas unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen an eben diesen Schauplätzen zu fragen.²⁹⁵ Ebendort fiel allerdings ein Phänomen auf, das mit der Formel „politische Unberührtheit“ eingefangen wurde: Jugendliche und junge Erwachsene erschienen 2016 und 2017 insbesondere deshalb polarisierungsresistent, weil Politik und politische Themen ihrer Lebensrealität auffällig fern standen. Aber: Gezielt nach politischen Themen befragt, zeigten sie sich keineswegs – gemäß einem gängigen Schlagwort – „politikverdrossen“, sondern als durchaus politisch denkende und (in Fragen von Migration und Integration bisweilen harsch) politisch urteilende Menschen.²⁹⁶ Überhaupt gehört es zu den beinahe schon traditionellen Verdachtsmomenten gegenüber „der“ Jugend, dass sie in bedenklicher Weise antiinstitutionelles Misstrauen hegten, ja „politikfeindlicher“ seien

292 Manow, Philipp: Der Extremismus der Mitte, in: Merkur. Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 73. Jg., H. 836/2019, S. 5-13, hier S. 8.

293 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 47, Z. 1456.

294 Vgl. Kapitel II.3.4 dieser Studie.

295 Vgl. Schenke et al.: PEGIDA-Effekte?, S. 12-15.

296 Vgl. *ibid.*, S. 198 und 254-260.

als die erwachsene Bevölkerung. Dass das in dieser Simplizität nicht stimmt und einer Kette von Missverständnissen jugendlicher Gesellschaftssicht entspringt, ist etwa von Gert Pickel herausgearbeitet worden.²⁹⁷ Zu diesen Missverständnissen zählt es, aus der häufigen Distanz Jugendlicher und junger Erwachsener zum konnotativ stark aufgeladenen Begriff „Politik“, zu politischen Eliten und zu klassischem parteiförmigem Engagement ein allgemeines politisches Desinteresse abzuleiten, ohne aber das „unsichtbare Politikprogramm“²⁹⁸ zu sehen, welches eben oft in der jugendspezifischen Verhandlung gesellschaftlich relevanter Themen (Lebenschancen, Ungerechtigkeiten, Probleme, Hoffnungen und Sehnsüchte, etc.) besteht.²⁹⁹ Auch in der erwähnten Studie gingen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Distanz zur großen Bühne gesellschaftlicher und politischer Themen, welche ihnen wie das Hallen jenseitiger Dramen erschien, die das persönliche Leben nur marginal betreffen. Gesellschaft erschien aus der stark am individuellen sozialen Nahbereich orientierten Sicht von Jugendlichen und jungen Erwachsenen 2016 und 2017 als fremde, selbstständig funktionierende, also im Grunde autopoietisch und ohne menschliches Zutun sich erhaltende, überzeitlich vorhandene Sphäre.³⁰⁰ Wichtig erschien ihnen die Beschäftigung mit solchen Themen daher nicht. In den „rein“ studentischen Fokusgruppen in Göttingen und Frankfurt a.M. von 2018 ist das grundsätzlich anders. Obgleich auch hier – ganz wie es der *Studierendensurvey* nahelegt – kaum von allgemeiner „Positionierungsfreude“ im Sinne politischer Selbstverortung gesprochen werden kann, *fällt doch eine genuine Freude an der Diskussion, ja am Parlieren und Reflektieren auf*. Nur drei von 44 Personen geben ohne Verschleierungsversuch, aber auch hier mit demonstrativem schlechtem Gewissen zu

297 Pickel, Gert: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen in Deutschland nach der Vereinigung?, Opladen 2002, S. 166 und 403.

298 Kohl, Wiebke/Seibring, Anne (Hg.): „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen, Bonn 2012.

299 Pickel differenziert zwischen „Staatsverdrossenheit“ (Ablehnung der Zugehörigkeit zum politischen Kollektiv), „Demokratieverdrossenheit“ (Ablehnung des politischen Systems), „diffuser Politikverdrossenheit“ (absente politische Kompetenz und allgemeines Desinteresse), „Involvierungsverdrossenheit“ (Ablehnung politischer Aktivität) und „Politikerverdrossenheit“ (Ablehnung politischer Eliten und Institutionen), um herauszustellen, dass nur die – seltene! – „diffuse Politikverdrossenheit“ überhaupt fehlendes politisches Interesse impliziert. Pickel: Jugend und Politikverdrossenheit, S. 90–92.

300 Vgl. Schenke et al.: PEGIDA-Effekte?, S. 186–192, siehe insbesondere S. 208: „Die Befragten scheinen in einem nicht-politisierten Kontext und Umfeld aufzuwachsen, ihnen werden kaum andere Beziehungen zu und Auffassungen von Politik vermittelt. Auch insofern ist die Annahme der Politikverdrossenheit der jungen Menschen unzutreffend, da es nicht um Frustration, sondern um Unberührtheit durch Politik geht.“

Protokoll, sich kaum bis gar nicht mit politischen Themen zu beschäftigen.³⁰¹ Natürlich gibt es sowohl unter nichtstudierenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen wie unter Studierenden zentrale Themen und Probleme, die den Diskutanten wichtiger sind als andere, und über die sie daher auch engagierter sprechen. Sicher ist die Distanz zu politischen Autoritäten und Institutionen sowie zu traditionellen politischen Beteiligungsformen ähnlich groß wie aufseiten der nichtstudierenden Jugend. Insgesamt aber sticht hervor, dass die Studierenden das Wort „Politik“ und die damit zusammenhängenden Assoziationen „großer“ und abstrakter gesellschaftlicher Themen nicht als abschreckend wahrnehmen, sondern als Markstein eines Bereichs herausragender gesellschaftlicher Relevanz, an dem man als politisch gebildeter Mensch (zumindest experimentell) redend und reflektierend teilhaben kann – wobei zunächst unklar bleibt, ob diese Perspektive in der mehrheitlich rot-grünen Prägung der Studierenden, in differenten Sozialisationserfahrungen oder aber in der bereits skizzierten grundierenden Bildungsempfase gründet. Dementsprechend sehen sich die Studierenden mehrheitlich als aktiv agierende und zu gewissen Verantwortungen verpflichtete Bürger der demokratischen Gesellschaft; nicht wenige sind in ihrer Freizeit zivilgesellschaftlich (etwa ehrenamtlich) eingebunden. Ebenfalls verbreitet ist eine allgemeine Verpflichtungsempfindung zu politischer Aktivität, die allerdings mit weitgehender politischer Apathie im Alltag kollidiert. In allen Fokusgruppen führt das zu individuellem Rechtfertigungsdruck sowie zu einem sorgenvollen bis sentimental Blick auf die ebenfalls mehrheitlich politisch-apathe Gesamtgesellschaft.

Zunächst: Wie informieren sich die Studierenden des Fokusgruppensamples über politische Themen; wo und wann tauschen sie sich über solche Themen aus? Über diese Frage haben zwar nicht alle Auskunft gegeben, auch weil sie nicht in jeder Fokusgruppe explizit thematisch wurde. Als wiederkehrendes Motiv sämtlicher Gruppen kann jedoch eine Verpflichtungsempfindung zur politischen Informiertheit – eine immer wieder konstatierte und in den Diskussionen unangefochtene Pflicht, zumindest rudimentär informiert und urteilsfähig zu sein – identifiziert werden, die durch Überforderungserfahrungen bei der Suche nach persönlicher Orientierung im Feld gesellschaftspolitischer Vorgänge flankiert wird. Die Navigation durch den Meinungsdschungel wird insbesondere durch die unausweichliche mediale Aufbereitung – und damit immer auch: Vereinseitigung – von Zusammenhängen erschwert. Häufig wird gefordert, die medial aufbereiteten Informationen, gerade auch die von persönlich präferierten Quellen bezogenen, zu „hinterfragen“, um persönliche Urteilsfähigkeit zu erlangen („selber seine Meinung zu bilden“): „Das ist wichtig, dass man sowas tut.“³⁰² Dabei verfügen, wie be-

301 „I: Würdet ihr sagen, dass Politik in eurem Leben ‘ne Rolle spielt? B6: Ja, sollte sie schon, ne? Aber dummerweise hab’ ich zu wenig Zeit, um die Nachrichten immer gut zu verfolgen [...]“ Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 34, Z. 1073-1077; „B3: [...] ich glaube, ich bin das Paradebeispiel [dafür], was in der Gesellschaft schief läuft. [allgemeine Erheiterung] Also wenn irgendwas in der Politik ansteht, denk’ ich mir: ‚Ja, der neben mir wird’s schon machen! [allgemeines Lachen] Warum sollt’ ich mich drum kümmern? Und ich glaub’, so denken viele. Auch viele aus meinem Freundeskreis denken sich: ‚Ja, was soll ich schon bewirken? Es macht schon irgendjemand anders! Und ich bin ehrlich, so denk’ ich auch. Also: ‚Warum gerade die Zeit verschwenden? B4: Ich bin... Ja, ich muss ehrlich sein, ich hab’ den Gedanken auch ab und zu!“ Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 38, Z. 1188-1195.

302 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 29, Z. 920-924.

reits erwähnt, nur drei Studierende über ein Abonnement einer Print-Zeitung,³⁰³ während eine Medizin-Studentin fachbezogene Zeitschriften als Informationsquelle für aktuelle Entwicklungen nennt.³⁰⁴ In erster Linie aber werden Nachrichten per Video, etwa über die *tagesschau* oder den Newsticker der Lokalpresse,³⁰⁵ über Talkshows wie *Anne Will*,³⁰⁶ per Radio (*NDR Info*, *radio21*³⁰⁷) oder über die Präsenz von Presseportalen, Zeitschriften und Zeitungen in den sozialen Medien – etwa *Zeit Online* und *SPIEGEL ONLINE*³⁰⁸ –, verfolgt. Als geradezu bereichernde Entdeckung beschreibt eine Lehramtsanwärterin die Möglichkeit, über den individuell gestalteten Facebook-Newsfeed aktuelle Beiträge verschiedener Zeitungen beziehen zu können:

„Da hab' ich mal angefangen, mich drüber zu informieren, und da hat mein Freund mir den Tipp gegeben, mir einfach auf Facebook die ganzen Seiten von ganz vielen verschiedenen Zeitschriften und so zu liken, damit auch man linken und rechten – also nicht linksextrem oder so! [allgemeines Lachen] –..., aber linker Gestalt und rechter Gestalt, und dass man so ganz viele verschiedene Sichten auf ein Thema hat. [...] Allein, wenn ich nur durch mein Facebook-Dings morgens scrolle und abends, bin ich schon so informiert, jetzt. Und da merke ich nämlich, dass mir das richtig gut *gefällt*, informiert zu sein. Also, inzwischen *fehlt* mir das auch, wenn ich das mal einen Tag nicht checke, und da merke ich, dass Politik in dem Sinne jetzt eine Rolle in meinem Leben spielt, dass es mich halt interessiert [...]“³⁰⁹.

Das bringt ihr allerdings auch den schnippischen Kommentar einer Leserin von Print-Zeitungen ein, dass das „[...]durch-soziale-Medien-Nachrichten-konsumieren“ aufgrund der Vereinseitigung der Informationsquellen durch Algorithmen „manchmal als ein Teil von Entpolitisierung“ aufgefasst werden könne.³¹⁰ Damit macht sie auf ein Problem aufmerksam, welches viele Studierende in den Fokusgruppen regelrecht umtreibt: Das Missverhältnis von (stets irgendwie gefärbten) Informationsquellen und persönlicher, zeitlich limitierter Aufnahmefähigkeit. Die Stilisierung politischer Informiertheit zur Mammutleistung muss zur Verzweiflung führen: Richtig informiert könne nur sein, wer politisch gegensätzliche Quellen beziehe und idealerweise „Minimum drei Stunden am Tag, wenn man sich wirklich als, ähm, mündiger, demokratischer Bürger [informieren will]“³¹¹, investiere. „Es ist ja irgendwie schwierig zu sagen, was richtig und falsch ist und so. Aber dann, weiß ich nicht, müsste man sich vielleicht irgendwie die taz, die FAZ kaufen, und die dann beide lesen. Am besten

303 Vgl. Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 18, Z. 564-570; Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 17, Z. 509 und S. 45, Z. 1377-1393.

304 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 43f., Z. 1333-1335.

305 Vgl. Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 37, Z. 1121; Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 29, Z. 909-911; Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 41, Z. 1311-1325. Vgl. auch Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 37f., Z. 1181-1186; Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 45, Z. 1368-1381.

306 Vgl. Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 38, Z. 1188-1193.

307 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 43, Z. 1128-1131 und S. 45, Z. 1377-1381.

308 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 37, Z. 1129.

309 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 34f., Z. 1085-1095 (Herv. i. O.)

310 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 35, Z. 1103-1105. Vgl. auch Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 52f., Z. 1597-1613, wo dieses Problem diskutiert wird.

311 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 39, Z. 1241-1243.

noch die Zeit, und so.³¹² Man stehe nachgerade „unter dem Druck“, als Nachrichten-konsument „alles mitzukriegen!“³¹³ Für manche verfehlen die Öffentlich-Rechtlichen Medien dabei ihren Vermittlungsauftrag, da sie es nicht fertigbrächten, nach dem Muster des Wahl-O-Mat einmal „drei Minuten pro Partei, die Knackpunkte“ vermitteln; nicht einmal die Schule bereite jenseits von Institutionenlehre auf das politische Handgemenge vor.³¹⁴ Daher resignieren manche ganz und lehnen das mediale „hohle[] Rauschen“ mit der Bemerkung ab, dass „die Welt an sich“ zu komplex ist, also dass kein Mensch, egal wie gebildet man ist, da wirklich durchblicken kann [...] weil das menschliche Gehirn dafür nicht gemacht ist.³¹⁵ Wohlgemerkt: Manche, nicht alle. Es gibt auch „große[] Verfechter der Medien“, die die Verurteilung insbesondere sozialer Medien nicht hinnehmen wollen und darauf verweisen, dass „die Sachen“ noch „relativ neu“ seien und man ihren adäquaten Gebrauch erst noch zu erlernen habe. „Wenn man sie nicht richtig benutzt, dann hat man eben einfach nur dieses Rauschen.“³¹⁶ Daraus folgt logisch, dass man das, was der biologischen Natur widerspricht, besser gar nicht erst versucht. Dennoch scheint fast allen der Gedanke fernzuliegen, dass sich auch vermöge des Durchdenkens eines kleinen Ausschnittes von Kommentaren zu gesellschaftlichen Vorgängen, etwa eines einzelnen Meinungsbeitrages einer Plattform zu einem politischen Thema, ein klareres politisches Urteil gewinnen ließe. Nur eine einzige Studentin im Sample besteht darauf, dass auch die Anhäufung von Informationen nicht von der Notwendigkeit des selbstständigen Denkens dispensieren könne.³¹⁷ Die skizzierte mediale Überforderung mag also auch der Rationalisierung eigener Medienabstinenz dienen – was nicht heißt, dass die Studierenden nicht auch tragfähige medienkritische Argumente vorbringen. Denn dass Themen je nach Quelle in der Regel auf ein spezifisches Teilpublikum zugeschnitten und daher stets mit reflektierter Zurückhaltung aufzunehmen sind, ja dass vielleicht nicht einmal die geballte bundesrepublikanische Pressemacht die volle Faktenwahrheit abdecken kann,³¹⁸ ist ja durchaus zutreffend. Angesichts der Skripal-Affäre aber zu behaupten, dass „gerade alle gegen die Russen“ hetzen, während man nirgendwo erfahre, „was die Russen dazu sagen“ – eine von der Gruppe akzeptierte Deutung –, erscheint angesichts der Ausstrahlung von RT (Russia Today) auch in Deutschland sowie angesichts des Internetzeitalters dann doch wenig glaubwürdig.³¹⁹ Jenseits des Medienkonsums scheint der Austausch über politische Themen zum Alltag der meisten Studierenden zu gehören, insbesondere die Diskussion mit Freunden, Familie und Wohngemeinschaft, etwa im Vorfeld von Wahlen.³²⁰ Indes stört es eine Person besonders, dass politische

312 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 35, Z. 1110-1113.

313 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 69, Z. 2109-2115.

314 Vgl. Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 56f., Z. 1791-1815.

315 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 41, Z. 1299-1301 und S. 40, Z. 1252-1261 (Herv. i. O.)

316 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 42f., Z. 1339-1355.

317 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 35, Z. 1103-1113.

318 Vgl. Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 32, Z. 1001-1012; Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 63, Z. 1924-1934; Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 39, Z. 1195-1199 und S. 46, Z. 1396-1406; Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 40, Z. 1261-1263; Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 37, Z. 1161-1166.

319 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 35f., Z. 1115-1123.

320 Vgl. Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 37, Z. 1125-1127; Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 37f., Z. 1181-1186. Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 43, Z. 1128-1131 und S. 44, Z. 1337-1343.

Themen hier häufig zu „Smalltalk“ verkommen, „aber keine wirkliche Auseinandersetzung mehr stattfindet“³²¹ – während eine andere sich (aus Rücksicht auf ihr späteres Lehramt) unter Pseudonym nach eigenen Angaben auf der Plattform youtube über die Entwicklungen im „Schulsektor“ „auskotzt“³²². Eine Studentin der Psychologie zieht, anstatt auf die Frage nach politischen Austauscharenen zu antworten, diese mit einem bemerkenswerten, persönliche Überforderung indizierenden Verweis auf eine in ihren Augen stark politisierte Lebenswelt in Zweifel:

„Also, ich hab' grad' tatsächlich überlegt: Wo kommt man denn *nicht* mit politischen Themen in Berührung? Weil, ich finde, es gibt eigentlich *kaum* noch politikfreie Räume, so. [...] Also, ich hab' das Gefühl, in *jedem* sozialen Netzwerk ist irgendwo *immer* was Politisches zu finden. Generell im Alltag ist das ja... Also, allein wenn man sich irgendwie so die Uni Göttingen hier anguckt, wo dann so 20 politische Botschaften auf irgendwelchen Stickern drauf sind, so. [...]“³²³

Im Gegensatz dazu mangelt es einer Studentin der Politikwissenschaft und Arabistik derselben Fokusgruppe an der Diskussion „revelante[r] Tatsachen der Politik“ im Studium.³²⁴ Insgesamt informieren sich Studierende also wahrscheinlich über ähnliche Kanäle und mit denselben Vorbehalten gegenüber manipulativen Vereinseitigungen wie nichtstudierende Jugendliche und junge Erwachsene³²⁵ – wenngleich sie öffentlich-rechtliche Medien, Zeitungen und Presseportale gegenüber alternativen Medien deutlich bevorzugen. Obwohl bisweilen ironisch und auch kritisch gebrochen, trauen sich die Studierenden dabei eine recht hohe Medienkompetenz zu.

Welche politischen Themen und Probleme beschäftigen die Studierenden? Am häufigsten werden Wahrnehmungen sozialer Ungerechtigkeiten, anwachsender gesellschaftlicher Konfliktpotenziale bei abnehmender Eintracht bzw. kommunikativer Überbrückbarkeit solcher Konflikte, und allgemeine politische Apathie genannt. Tatsächlich beschäftigt die Studierenden in erster Linie also das, was Freundschaft, Friede, Harmonie und Freiheit in einer intakten sozialen Umgebung – die herauspräparierten „Grundwerte“ von Studierenden 2011³²⁶ – zu gefährden scheint. Beim Themenkomplex sozialer Ungleichheiten ist das wechselseitige intuitive Verständnis der Studierenden derart ausgeprägt, dass nicht einmal bei vergleichsweise abstrakten Bekundungen ein Nachhaken vonseiten der Moderation erforderlich wurde. Eröffnet etwa ein Student der Volkswirtschaftslehre mit: „[...] weil du ja fragtest, welche Themen uns generell umtreiben: Auch, ja, Ungleichheit, also international aber auch intranational“³²⁷, so springt ihm umgehend eine Kommilitonin zur Seite, die diese Mehrdimensionalität von Ungerechtigkeiten erläuternd ergänzt:

„Ja, Ungleichheit, und auch, dass andere Menschen ausgenutzt werden, weil... Also, das stört mich ehrlich gesagt *immer* am meisten [...] ich hab' auch mal in 'nem Hotel

321 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 37f., Z. 1140-1151.

322 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 48, Z. 1467-1471 und S. 58f., Z. 1798-1805.

323 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 37, Z. 1131-1141 (Herv. i. O.)

324 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 38, Z. 1154-1158.

325 Vgl. Schenke et al.: PEGIDA-Effekte, S. 283-300.

326 Bargel/Simeaner: Gesellschaftliche Werte und politische Orientierungen, S. 6-8.

327 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 34, Z. 1049-1051.

geklallert, und die Leute, die zahlen so viel, und die Mitarbeiter werden dann einfach schlecht behandelt. Und das ist auch allgemein so der Fall, also national als auch international, dass egal... Sogar wenn man fairtrade kauft, dass sozusagen nur 20 Prozent der Inhaltsstoffe, teilweise sozusagen, fairtrade sind, und man zahlt halt so 'nen Aufschlag! [...] In der Wirtschaft ist es halt das Problem, dass halt der Fokus sogar bei Fairtrade auf Profit ist und nicht auf, sozusagen... die Lebensbedingungen der *Menschen* zu verbessern. [...] Weil, man *ist* ja bereit, sozusagen was Gutes zu tun, aber auch wenn man was macht, dann verbessert man trotzdem nicht die Lebensbedingungen der Menschen.“³²⁸

Ein funktionierendes gesellschaftliches Miteinander, so lautet es an anderer Stelle im Dialog zwischen einer Medizin-Studentin und einer sozialwissenschaftlichen Lehramtsanwärterin, setze

„B4: [...] voraus, dass die Menschen alle gleich von ihren Möglichkeiten und Ressourcen [her] sind [...] Also die müssten körperlich/seelisch gesund sein, damit das funktionieren kann, es müssen überall gleiche Ressourcen vorhanden sein, gleiche Bedingungen. [...] B5: Wobei: Man könnte halt versuchen, dann... Dadurch, dass es ja nicht so ist, dass alle gleich sind, dass man halt auf diese Unterschiede *eingeht*, möglichst, halt. Möglichst, dass allen trotzdem 'ne relativ ähnliche Chance, irgendwie, zumindestens [sic] zuteil wird.“³²⁹

Der Themenkomplex sozialer Ungleichheit kehrt auch dort wieder, wo nach Vorstellungen einer idealen Gesellschaft³³⁰ oder nach dem persönlichen Verständnis der Kategorie des Gemeinwohls³³¹ gefragt wird. Ungleichheit, so postuliert ein Student der Politikwissenschaft und der Soziologie, sei „das größte Gift und Manko von allem“. ³³² Vereinzelt führt das Phänomen sozialer Ungleichheiten die Studierenden zwar zu einer Kritik des Wirtschaftssystems insgesamt: „Ähm, ich bin kein Fan vom Kapitalismus. Ich würde immer im ganz Großen ansetzen und überlegen, [...] wie man Wirtschaft und dann Gesellschaft gestalten könnte“, auch wenn es an einer „konkreten Idee“ mangle.“³³³

328 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 34f., Z. 1054-1067 (Herv. i. O.)

329 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 55, Z. 1744-1755 (Herv. i. O.)

330 „Kein Mensch verhungert. Ein klima- und sozialverträgliches Wirtschaftssystem.“ Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 56, Z. 1730. „Ja, aus meiner Sicht erstmal, dass man keine Kriege startet. Und dass man [...] 'ne Gleichberechtigung, auf jeden Fall, kriegt, und dass alle Menschen alle Chancen haben durch das..., weil sie finanziell nicht so schlecht dastehen, dass sie Möglichkeiten verbaut kriegen oder hungern müssen.“ Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 47, Z. 1475-1478.

331 „Gemeinwohl ist vielleicht einfach Sicherung eines Existenzminimums, also dass keiner auf der Straße schlafen muss. Keiner muss hungern [...]“ Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 47, Z. 1480-1481.

332 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 59, Z. 1862 (Herv. i. O.)

333 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 58, Z. 1828-1830. Alltagsnäher, aber im Kern übereinstimmend wird das an anderer Stelle durch Ausführungen bekräftigt, die durch Rückgriff auf eine Haupt- und Nebenwiderspruchsthese traditionsmarxistischer Manier AfD-Wahlpräferenzen zu erklären versuchen: „Meiner Meinung nach – um mal nochmal direkt zu der Frage zu kommen – ist ja das große Problem, dass fortgeschrittener Kapitalismus und Neoliberalismus in der Gesellschaft [...] also dass sich dieses Defizit in der Gesellschaft, dieses ganze Konsumieren und nicht Nicht-teilhaben daran..., und die Oma kriegt nur 800 Euro Rente, und der Flüchtling mit fünf Kindern kriegt 3.000 Euro... Das ist ja das eigentliche Problem, dass die Oma nicht 1.800 Euro kriegt, sondern nur

Verlagert sich die Diskussion in diese Richtung, werden gelegentlich Gegenpositionen aktiviert, die auf der grundsätzlichen Intaktheit sozialer Umverteilung und Existenzsicherungsinstrumente in Deutschland insistieren. In einem Fall wird durch eine beinahe genervte Äußerung deutlich, dass es solche „konservativen“, Kritik stillstellenden Sichtweisen durchaus gibt, auch wenn sie in den Diskussionen häufig unterlegen scheinen:

„Ja, auf jeden Fall muss man mal sagen, dass es uns in Deutschland auf jeden Fall allen hier in der Runde im Vergleich zur westlichen Welt auf jeden Fall verdammt gut geht. Keiner von uns, der hier sitzt, hat irgendwelche existenziellen Probleme. Wir können alle relativ entspannt irgendwas machen, wo wir Interesse zu haben, haben nicht irgendwie Angst, dass uns direkt körperliche Gewalt oder so angedroht wird, haben auch ein Bildungssystem, was uns allen ermöglicht, doch hier zu sitzen, auch wenn's teilweise mit finanziellen Problemen verbunden ist. Grundsätzlich kann man sagen: Perfekt wird es nie sein, aber wir sind schon ziemlich gut dabei in Deutschland, hier.“³³⁴

Doch den Gedanken einer grundstürzenden Veränderung des Wirtschaftssystems finden nur wenige reizvoll, und auch sie kommen über den Mangel tragfähiger Gegenrezepte selbst ins Zweifeln. Weitaus häufiger richtet sich die Kritik an Ungleichheiten auf die mangelnde Realisierung von Strukturen der Chancen- bzw. Bildungsgerechtigkeit. So wird etwa beklagt, dass „die Krankenkasse“ zum Leidwesen der gesetzlich Versicherten „ein Wirtschaftssektor geworden ist“³³⁵, dass es nichtakademischen und nichtkarrieristischen Berufsbildern drastisch an „Wertschätzung“ fehle³³⁶, oder eben dass aufgrund sozioökonomischer Prädeterminationen die gesellschaftliche und politische Teilhabefähigkeit für bildungsbenachteiligte und damit aufstiegsblockierte Schichten unterminiert sei.³³⁷ Chancen müssen, so die Sicht nahezu aller Diskutanten, in erster Linie durch bildungs- und sozialpolitische Ausgleichsinstrumente hergestellt werden: Dass Bildung „halt nix kosten“ darf, wird dementsprechend als Vorteil bundesrepublikanischer Lebensverhältnisse hervorgehoben,³³⁸ wird in den Augen vieler derzeit aber auch durch neue Verschärfungen einer „Vorschaltung der sozialen Ungleichheit“ bzw. eine „Vorschaltung der Bildungsungleichheit“ durch steigende Mieten und lebensweltliche Segmentierungen zwischen Besser- und Schlechterverdienenden (Stichwort: Privatschule) unterlaufen.³³⁹ Die derzeitige Bildungspolitik, gemessen am Schulsystem und an den Bologna-Reformen, erscheint immer wieder verfehlt: zu leistungszentriert, zu autoritär und gleichmacherisch, zu wenig sozial ausgleichend, kurzum: zu bildungsfeindlich.³⁴⁰ Ein besonders elaboriert auftretender Student der Philosophie geht noch

800, sie aber trotzdem [die] AfD wählt, weil der Flüchtling mehr kriegt. Aber der Kapitalismus sie einfach, so, über's Knie legt [...]“ Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 66, Z. 2103-2109.

334 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 58, Z. 1832-1839.

335 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 59, Z. 1864.

336 Vgl. Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 39f., Z. 1195-1215.

337 Vgl. Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 34, Z. 1031-1054.

338 Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 14, Z. 430-431.

339 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 48, Z. 1460-1468.

340 Vgl. Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 17, Z. 508-518; Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 34, Z. 1041-1050 und S. 53f., Z. 1626-1644; Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 39f., Z. 1195-1224 und S. 41, Z. 1267-1271; Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 35-37, Z. 1117-1181. Eine Diskutantin fordert sogar die völlige

einen Schritt weiter und betont – dabei die Dynamik der Bildungsexpansion sowie den von ihm erwarteten Bildungshunger zukünftiger innovationsgetriebener Arbeitsmärkte in evolutionstheoretischer Weise aufgreifend –, dass es angesichts eines noch viel zu „anarchischen“ gesellschaftlichen Fortschritts verstärkter Planungen in Investitionen in die Bereitstellung von an das Studium oder an noch zu schaffende alternative Ausbildungsformen anschließende Berufsbilder bedürfe:

„Also, ich finde das *gut*, dass es viel mehr Bio-Master gibt und viel mehr Wirtschaftswissenschaftler, viel mehr Juristen, viel mehr Rechtswissenschaften. Wir brauchen diese Leute, weil das alles im... Also, im vorherigen Wirtschaftsschritt – das wurde alles etabliert. Das Problem ist: Das *sind* gar nicht die Universitäten. Die müssten wirklich jeden nehmen, den sie *kriegen* können. Jeder gebildete Mensch ist extra! Das ist keine Knappheit, dass die ja plötzlich keinen Job finden. Sondern der Job muss irgendwie da sein. [...] Man muss im Grunde eine Stabilität schaffen, irgendwo ein Auffangnetz, einfach, für Talente.“³⁴¹

Durchaus wird, ein derartiges ausgeweitetes Verständnis von Bildungs- und Chancengerechtigkeit konterkarierend, von einer eher ideologiekritischen Natur derselben Fokusgruppe angemerkt, dass die Betonung einer durch kostenlose Bildung hergestellten Chancengleichheit auch studentische Komfortansprüche beim Selbstfindungsprozess rechtfertigen kann und dann eben kein Ausweis eines sozial sensiblen politischen Bewusstseins sein muss.³⁴² Insgesamt aber ist die sich durchsetzende hegemoniale Perspektive für die Aussichten von Gesellschaftskritik verhängnisvoll, da das Kaprizieren auf die Bereitstellung von Bildungschancen eben immer auch die Legitimation von fortbestehender Ungleichheit ermöglicht: Wer trotz guter Startchancen Misserfolge erleidet, ist nach klassischer „meritokratischer Leitfigur sozialer Ungleichheit in Bildungsgesellschaften“ zumindest verdächtig, seine Chancen in einem rational organisierten System der Ressourcenzuweisung nicht adäquat genutzt zu haben.³⁴³ Das muss den Fokusgruppenteilnehmern, die doch vage Vorstellungen einer deutlich egalitäreren, von

Abschaffung der von ihr als Relikt der „Steinzeit“ (!) verurteilten Schulpflicht, ruft damit aber sofortigen Widerstand hervor. Vgl. Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 25f., Z. 780-805.

341 Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 44-46, Z. 1407-1459 (Herv. i. O.)

342 „Aber ich find' [...] das immer so 'n bisschen paradox, diese Gerechtigkeitsthese, weil das ja von irgendjemand auch bezahlt wird. Also die, die 'ne Ausbildung machen, bezahlen quasi deine Lust, jetzt, irgendwie doch was Anderes zu machen.“ Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 14, Z. 439-442.

343 Konkret erscheint soziale Ungleichheit so 1. „natürlich“ fundiert, 2. als gesellschaftliches Funktionserfordernis, 3. durch Bildungszertifikate beglaubigt, 4. als individuelles statt als strukturelles Problem, 5. von der „Definitionsmacht statushöherer Gruppen“ befreit. Siehe dazu Solga: Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft, S. 34-42.

„Marktlogiken“³⁴⁴ freieren Gesellschaft zu pflegen scheinen, so nicht unbedingt bewusst sein, zumindest ziehen sie einen Schluss dieser Art nirgendwo explizit. Ein zentraler Hinweis auf Sinnstrukturen politisch-sozialer Deutungsmuster ist dem trotzdem zu entnehmen:³⁴⁵ dass nämlich eine intakte, funktionsfähige Gesellschaft auf der Herstellung, Modernisierung und – durch den unterstützenden sozialpolitischen Ausgleich von familiären, migrantischen o. Ä. *handicaps* – Instandhaltung eines Bildungsauslesesystems basiert. Eine Gesellschaft, die derart allen anstrengungsbereiten „Talenten“ die Hand reicht, ist *gerecht*. Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, etwa fundamentale Einkommensdifferenzen des Elternhauses, werden erst als Störungen des Auslesesystems politisch skandalträchtig, nicht als Reichtumsspreizung *per se*.³⁴⁶ „Also es wird oft gesagt, Chancengerechtigkeit wär' vorhanden, aber ich seh' das nicht so.“³⁴⁷ „Und man kann ja dann wieder diskutieren, dass es unfair ist, dass dann manche Menschen 10.000 Euro im Monat haben und manche 450 Euro im Monat, wenn überhaupt. Das ist ja auch vielleicht 'ne Frage“³⁴⁸ – nur für Studierende eben nicht die entscheidende.

Auch der Themenkomplex sozialer und diskursiver Desintegration treibt die angehenden Akademiker um. Das Gefühl: „Die Welt wird immer unkontrollierter“ treibt sogar Studierende um, die sich dagegen mental zu panzern versuchen.³⁴⁹ Man zeigt sich besorgt über wachsende Kommunikationshürden und steigendes Konflikt- bzw. Polarisierungspotenzial in unterschiedlichsten Teilen der Gesellschaft; auch spüren viele dort, wo sie kommunikativ interagieren, einen Trend zum Positionierungszwang inmitten sich radikalisierender, zunehmend unversöhnlicher Fronten (gerne als „Blasen“ bezeichnet):

„B4: [...] Und zwar, irgendwie, wird man mittlerweile dazu gezwungen, sich für eine Seite zu entscheiden. B7: Ja, ja! B1: [nickt] Also, sobald du dich für Russland entscheidest, bist du gegen, äh, die USA, oder... Gut, Palästina/Israel ist schon immer 'n sehr

344 Hinweise darauf finden sich in der Kritik an einer „Ökonomisierung von Journalismus“ und der „Ökonomisierung des Studiums“ (Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 57, Z. 1747-1759 – dort auch die Formulierung, dass „Marktlogiken“ das Zusammenleben stärker bestimmten würden als „soziale Zusammenhänge“), in der Klage über gesellschaftlich erzeugten „Leistungsdruck“ und im damit verbundenen Gedanken an die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens (Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 33f., Z. 1051-1065), sowie in der diagnostizierten Dominanz des Qualifikationskriteriums „Anforderungen erfüllen“ bei der immer stärker verschulten Ausbildung von Ärzten (Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 34, Z. 1044-1052).

345 Eine pointierte Bestimmung der in den Diskussionen wirksamen Deutungsmuster findet sich in Kapitel III.3.4 dieser Studie.

346 So überlegt gerade eine kapitalismuskritische Studentin der Wirtschafts- und Sozialgeschichte: „Aber es ist vielleicht auch *gut*, dass es Leute gibt, die megaviel verdienen und irgendwie Unternehmer sind, weil die dadurch 'nen Anreiz haben, irgendwie Arbeitsplätze zu schaffen. Ist das vielleicht auch gut für's Gemeinwohl, oder ist das zu sehr 'ne Klassengesellschaft, und das ist halt nicht mehr gut für's Allgemeinwohl? Das ist ja schwierig.“ Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 48, Z. 1510-1514 (Herv. i. O.)

347 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 35, Z. 1064-1065.

348 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 47, Z. 1492-1495.

349 „Aber dieses Gefühl von, irgendwie: ‚Die Welt wird immer unkontrollierter‘... Ich weiß auch nicht, ob das was ist, dass ich älter werde, dass ich mehr Zugang zu allem hab', also so 'n digitales Ding [...] Also ob die Welt schlimmer wird, ob *ich* es alles als schlimmer empfinde [, kann ich nicht sagen].“ Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 36, Z. 1109-1114 (Herv. i. O.)

schwieriges Thema gewesen, so, aber das ist... sozusagen nochmal 'n anderes Thema, glaub' ich, aber, keine Ahnung... Also, nationalistische Politik, sag' ich mal, oder protektionistische, oder sehr liberale Politik oder sowas: Sobald man irgendwie ein Argument für oder gegen das andere, irgendwie, macht, wird man sofort in das andere eingeordnet, so... B7: Ja! B4: ..., ist man direkt in 'ner... in so'ner anderen Blase, irgendwie. Also es sind so zwei Blasen oder mehrere Blasen, die immer aufeinander, irgendwie, stoßen [...]“³⁵⁰

Dass die Wahrnehmung mentaler Polarisierungen bei gleichzeitigem Kommunikationsabbruch von vielen geteilt wird, ist an folgender dichter Passage besonders gut zu sehen:

„B7: [...] Ich hab' den Eindruck, dass im Moment in Deutschland so 'ne Tendenz herrscht, dass sich so Gruppen bilden, so Männer/Frauen, divers... B3: Genau, und dann wird so eingeteilt... B7: ... links/rechts, Behinderte, Ausländer, Deutsche... B3: ..., und man *hasst* sich, mal krass ausgedrückt... B7: Ja. [...] Man versucht so, sich irgendwo 'reinzu-... zu fühlen: ‚Ich bin jetzt in dieser Gruppe, und alle anderen Gruppen sind irgendwie doof!‘, oder: ‚Ich muss mich gegen die verteidigen!‘ Man muss immer auf die political correctness achten, und bloß Studenten... Studentinnen am besten noch...“³⁵¹

Viele sehen dabei ein Problem im Vordergrund, das sie als „Rechtsruck“ mit internationaler Dimension bezeichnen, wie er an „so vielen [Orten] gleichzeitig, gerade“ zu beobachten sei,³⁵² oder aber – deutlich häufiger – über die Leitvokabeln „Intoleranz“ bzw. „Ignoranz“³⁵³ einführen. Der größte Teil der hier geäußerten Bedenken setzt an der Diskussion über die Flüchtlingsfrage seit 2015 und, damit zusammenhängend, an diskursiven Verrohungen, an den Wahlerfolgen der AfD sowie an der Genese neuer rechter Milieus an. „Wie gehen wir mit Leuten um, die nicht nur die AfD wählen, sondern gleichzeitig auch noch vor'm Flüchtlingsbus stehen und schreien: ‚Wir sind das Volk!‘?“³⁵⁴ Das fragen sich viele Studierende erkennbar bereits seit mehreren Jahren, auch weil sie an sich selbst oder an nahestehenden Personen vorurteilsbehaftete Neigungen – das „schnell auf irgend'nen Zug aufsteigen“ – feststellen³⁵⁵ oder sich nach dem Abklingen der „Willkommenskultur“-Euphorie, in deren „Strom“ (!) man 2015 „da so voll mitgeschwommen“ ist, „mal aber kritisch in die *andere* Richtung reflektiert“ haben und nunmehr die Notwendigkeit erkennen „auch dann mal 'ne andere Meinung“ akzeptieren zu müssen, ohne sie „gleich in die rechte Ecke“ zu stellen, „weil sie mal 'n

350 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 38f., Z. 1170-1187.

351 Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 61, Z. 1921-1941 (Herv. i. O.)

352 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 27, Z. 855-857.

353 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 29, Z. 898; Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 36, Z. 1104-1111; Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 27, Z. 850-853.

354 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 30, Z. 904-906.

355 „Zum Beispiel durch diese Flüchtlingsdebatte, das... Also, das merk' ich so im Umfeld, dass super... Wenn man halt jemanden sieht, der halt 'ne andere Hautfarbe hat, dass man direkt denkt: ‚Okay, das ist 'n Flüchtling!‘, und dieses Stereotyp mitdenken [...]“ Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 30, Z. 912-922.

paar Bedenken äußern“.³⁵⁶ Eine Person, die demgegenüber angibt, „von Anfang an sehr kritisch“ gewesen zu sein und nach wie vor auf die unnachgiebige Notwendigkeit kultureller sowie ziviler Einfügung zu pochen³⁵⁷, fügt nach dem eher vorsichtig überlegenden Einwurf einer MitdiskutantIn, es handle sich angesichts der „interkulturelle[n] Bedeutung“ Deutschlands um ein „sehr, sehr zwiespältiges Thema“, da hier stärker Fragen eines „Allgemeinknigges“ als kulturelle Differenzen zur Debatte stünden, eilig hinzu, sie habe sich „überhaupt nicht in irgendeine Ecke stellen“ wollen.³⁵⁸ Als Hauptursachen für die Abwanderung von Wählern zur AfD machen die Studierenden „Ängste“³⁵⁹ und Deprimierungen³⁶⁰ aus, die entweder aus dem Gefühl eines Repräsentationsdefizits konservativer, ordnungsfixierter Geister in einem mehrheitlich kosmopolitischen und liberalen Land³⁶¹ oder allgemein aus deinem Stillstand des politischen Wettbewerbs resultieren, welcher nach einem „Korrektiv“ verlangt habe.³⁶² Verschärft werde das Problem durch Defizite politischer Bildung (hauptsächlich in den Neuen Bundesländern lokalisierten) Schwerpunktregionen der AfD – doch mehr dazu weiter unten. Dabei sehen Einzelne durchaus integrationspolitische Versäumnisse, vermissen insbesondere ein klar kommuniziertes und auch konzertiertes Programm, das der Merkel'schen Durchhalteparole „Wir schaffen das!“ hätte folgen können³⁶³ und das auch ein Konzept zur Vermittlung der zunächst einmal konfligierenden freiheitlichen politisch-kulturel-

356 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 31, Z. 964-981 (Herv. i. O.) Ähnlich auch Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 56, Z. 1707-1708 (Herv. i. O.): „Ich hab' gesagt: ‚Alle Flüchtlinge dürfen bleiben!‘, und was weiß ich was. Und dann war ich zwei Jahre Nachhilfelehrerin, und hab' da jetzt 'n viel differenzierteres Bild. Und mit den Sachen, mit denen man sich beschäftigt, da ist dann plötzlich kein ‚Ja/Nein-Schwarz/Weiß‘ mehr, irgendwann, sondern, ja... Da muss man sich aber erstmal mit beschäftigen, so 'n bisschen.“

357 „Da muss ich ganz ehrlich sagen, bin ich da, ehrlich gesagt, sogar noch vorsichtiger geworden, weil ich... Ich möchte nicht irgendwie belästigt werden, und ich finde, man hat sich hier im Land so zu verhalten, dass es allen gut geht, und dass man sich anständig benimmt. Und wenn das nicht der Fall ist, dann find' ich halt... ja, muss halt was gemacht werden.“ Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 31f., Z. 985-998.

358 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 32f., Z. 1017-1030.

359 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 43, Z. 1310, ähnlich und dabei selbst wutgeladen Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 63, Z. 1993-1995.

360 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 35f., Z. 1119-1127.

361 Vgl. Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 66, Z. 2081-2099.

362 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 63, Z. 1937-1946; vgl. auch die Kritik an den „Allerweltparteien“ (Kirchheimer) in Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 58, Z. 1836-1845, außerdem die Schilderung des Erkenntnismoments bei der vergangenen Bundestagswahl: „Und das ist voll der Aufwachmoment gewesen, der vielleicht auch jetzt sehr wichtig war, um eben mal zu gucken: Warum ist das eigentlich so? [...] Warum sind die Menschen unzufrieden?“ Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 62, Z. 1917-1921.

363 Vgl. Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 34., Z. 1017-1059.

len mit muslimischen Werthierarchien enthält.³⁶⁴ Sie sind selbst verunsichert, geben zu: „Ich hab' Angst, in die Innenstadt zu gehen, mittlerweile [lacht], wenn's dunkel ist“³⁶⁵ – und vermögen das in den Fokusgruppen durchaus sanktionsfrei zur Diskussion stellen. Verständnis für politische Frustrationen aufseiten vieler Bürger bringen die Studierenden also auf. Dass aber einige dann tatsächlich ihr Kreuz bei einer Partei (weit) rechts der Mitte setzen, erschüttert sie bis ins Mark, insbesondere weil sie nach wie vor davon ausgehen, dass die Mehrheit der Stimmen einem Protestwahlverhalten entstammen, keiner ernst gemeinten „Überzeugung“.³⁶⁶ Tatsächlich findet sich im Sample nur eine einzige, als solche in der Diskussion unsichtbare, AfD-Wählerin. Auch wenn in den Diskussionen durchaus Platz ist für kritische Erwägungen über die bundesrepublikanische Integrationspolitik, scheint der Austausch über die Themen Migration und Integration auch unter Studierenden noch immer erkennbar mit großen Unsicherheiten behaftet. Ähnliches gilt für eine der vermittelnden Vernunft verlustig gegangene, durch Machterhalt und nationalistisches Eigeninteresse geprägte internationale politische Bühne, wenn etwa bemerkt wird, dass „die allgemeine Politik [...], wenn man so auf Deutschland guckt oder eben auch auf Europa“ durch den opportunistischen Egoismus des „Hauptsache, mir geht's gut, ich steh' gut da' oder ‚meine Partei steht gut da!‘“ gezeichnet sei. „Also es wird gar nicht mehr so geguckt: Was ist allgemein für die Welt, für Deutschland [gut]?“³⁶⁷ Stattdessen würde einem jeden nach alter Kalter-Kriegs-Manier das Bekenntnis zu den USA oder Russland abverlangt, stattdessen folge auch das Wahlverhalten auf dem Dorf diffusen Sympathien und Antipathien nach dem Muster alten volksparteidualistischen Lagerdenkens und nicht etwa dem zwanglosen Zwang des besseren Arguments.³⁶⁸ Selbst in der Kommunalpolitik, so weiß jemand aus zweiter Hand zu berichten, herrschten „Intrigen und was weiß ich alles [...] echt wie House of Cards“³⁶⁹ – ganz zu schweigen von den Grabenkämpfen zersplitterter linker Politgruppen!³⁷⁰ Abseits der institutionalisierten Politik wird mit tiefsitzender Skepsis auf Störungen der sozialen Eintracht durch identitätspolitische Diskursverhärtungen

364 So pointiert eine Lehramtsanwärterin: „Und ich finde, das ist schon echt 'n schwieriges Thema, weil: Ich als Deutsche würde im Zweifelsfall immer die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau über die Religionsfreiheit stellen, wenn ich... wenn mir da so 'n Konflikt kommt. Das würden aber nicht unbedingt alle so sehen, und das sind teilweise wirklich manchmal kulturelle Probleme, die natürlich dadurch jetzt auch auftreten, wo wir uns irgendwie als, ja, Deutsche... Oder die Politik, die müssen sich da irgendwie mit beschäftigen. Und gucken, wie wir damit umgehen, vor allem!“ Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 34, Z. 1061-1084.

365 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 35, Z. 1081.

366 „B3: Ich find's auch sehr erschreckend. Also, ich hätte es auch nicht so erwartet, dass es so krass wird. Also, ich hab' mir schon gedacht, dass es wirklich viele Leute gibt, die irgendwie sagen, so: 'Ja, okay, ich bin jetzt stinkig und böse und mach' jetzt auf einen auf Protest!', aber dass die *ernsthaft* das wählen, was die AfD vorschlägt und an ihrem... in ihrem *Programm* stehen hat, das fand ich schon sehr erschreckend! Also das hätt' ich echt nicht gedacht, dass es so negativ wird. B5: Na, ich glaub', *manche* [!] haben es wirklich aus Überzeugung auch... [...]“ Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 48f., Z. 1533-1539 (Herv. i. O.)

367 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 37, Z. 1125-1132.

368 Vgl. Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 38f., Z. 1176-1182; Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 45f., Z. 1439-1449.

369 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 34f., Z. 1087-1090.

370 Vgl. Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 34, Z. 1076-1083.

im Sinne der *political correctness* verwiesen, etwa auf die Ausartung einer „Feminismus-Kultur“³⁷¹ zu einem Tugendprogramm, kraft dessen dem „einem ja vorgeschrieben“ werde, „von was man sich diskriminiert zu fühlen hat, irgendwie“.³⁷² Besonders häufig sind es Studentinnen, die ihrem Unmut über exaggregierte Feminismen Luft verschaffen:

„Also, zum Beispiel, dass wir das gleiche Geld verdienen sollten wie Männer – ja, auf jeden Fall! Aber dass man sich jetzt..., dass jedes Wort jetzt geändert soll, dass es jetzt nicht mehr Doktor und Professor heißen soll, sondern halt ‚Dotox‘ und ‚Protox‘ – ganz ehrlich!“³⁷³

Ähnliches wird auf dem Feld moralisierten Konsumverhaltens ausgemacht. Anstatt die entscheidenden Tendenzen der Zeit in den Griff zu bekommen, sich „überhaupt klar zu machen“, was derzeitige wirtschaftliche Entwicklungen bedeuten und wie eine zeitgemäße, beispielsweise linke, Antwort aussehen könnte, pflege man „immer den linken Wahnsinn“ der Diversität, der sein Komplement in der Genese neurechter Identitätspolitik der Autochthonen finde.³⁷⁴ Angesichts der Verengung von Diskussionen auf lebensstilbezogene Individualethiken und identitätspolitische Tribalisierungen möchten Einzelne förmlich die Hände über dem Kopf zusammenschlagen:

„Wir haben nichts miterlebt, keinen Abgrund oder kein [...] für uns sind Probleme irgendwie Kaffee-to-go-Becher und irgendwie so 'n Zeug – was natürlich berechtigt ist! –, aber so die großen Sachen aus den 68ern, die werden... die fragt man sich nicht mehr so! Kapitalismus und wie wir alle zerdrückt werden, und, keine Ahnung, heut' ist halt Feminismus und Kaffee-to-go-Becher und so.“³⁷⁵

Wohlgemerkt: In der Gesamtschau besteht unter den politisch stark Interessierten im Sample ein Dissens bezüglich der Einstufung ökologischer und konsumkritischer Diskussionen. Handelt es sich für die einen um das „Kombattieren“ von „Stroh Männern“³⁷⁶, die davon ablenken, dass „wir halt mit Informationen überflutet werden, und halt uns nicht die essenziellen Sachen fragen“³⁷⁷, sehen andere den fairen Handel und den klimasensiblen Konsum als veritables Feld politischer Verantwortungsübernahme an. Sie meinen es ernst mit der Durchsetzung fairen Handels und klimafreundlicher Ernährung als Weg zu einer besseren Gesellschaft.³⁷⁸ Natürlich nehmen längst nicht alle Studierenden im Sample politische Positionen ein. Viele bilden ihr Urteil gesellschaftlicher Polarisierungen und Kommunikationsverluste an unmittelbaren Alltagserfahrungen

371 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 30, Z. 903.

372 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 32, Z. 974-975.

373 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 31, Z. 952-958.

374 Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 67, Z. 2124-2135 (Herv. i. O.)

375 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 28, Z. 883-889.

376 Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 50, Z. 1578-1581.

377 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 28, Z. 884-885.

378 „Also ich hab' das Gefühl, dass viele Menschen häufig gegen ihren eigenen Horizont laufen, und aber den Blick über den Tellerrand nicht wagen und sich mal Gedanken darüber machen, welche Auswirkungen ihr Handeln hat. [...] Und zwar werf' ich den Leuten nicht vor, dass sie Schokolade mit Kinderblut kaufen. [allgemeines Lachen] Ähm, ich werf' den Leuten vor, dass sie sich keine Gedanken da drüber machen.“ Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 36, Z. 1104-1111 und S. 41, Z. 1267-1269.

gen wie persönlichen Kontakten oder Medienkonsum – im Falle Göttingens etwa am Campus, auch wenn hier die Urteile auseinanderweisen:

„Und in Göttingen ist's natürlich [lacht] auch *extrem*, ne. Also man... Ich find', es wird schon... Es gibt irgendwie keine Mitte. Es gibt so die linken Gruppen und die rechten, und... [allgemeine Zustimmung] Weiß nicht.“³⁷⁹

„B2: Aber ich finde das auch, hier in Göttingen ist das richtig *extrem*. Entweder du bist *extrem* links, *extrem* rechts, und es führt nichts dazwischen. Da denkst du dir so: ‚Okay!‘ B1: Aber ich glaub', das ist auch allgemein so die *Uni*, und nicht unbedingt... B2: Ja, das kann ich mir auch vorstellen. B1: ... [unverständlich] das Problem. Das ist auch mit den Jugendparteien, also mit den Jugendvereinen der großen Parteien. Die sind ja auch deutlich extremer als dann letztendlich..., wenn sie dann mal oben angekommen sind.“³⁸⁰

Während eine konservativ auftretende Studentin nochmals bekräftigt: „Man ist halt 'n Nazi oder 'ne Zecke, also jetzt mal ganz salopp gesagt“, entgegnet ein anderer, sich selbst kaum verortender Student achselzuckend: „Mir ist das noch nicht aufgefallen.“³⁸¹ Einige im Sample, die Kontakte zu nichtakademischen Milieus in Familie und Freundeskreisen pflegen, identifizieren ganz besonders die Ablösung universitärer Mentalitäten von der Restbevölkerung als wesentlichen Motor identitätspolitischer Emotionalisierungen. Man studiere in einem „Mikrokosmos“, der bedenklich weit „ab von der Realität“ liege.³⁸² Die Unvermittelbarkeit vieler Diskussionen um „Feminismus und Gender“, aber auch Naturschutz, sei dem Problem zuzuschreiben,

„dass der universitäre Diskurs oder auch das, was Studenten darüber denken, recht realitätsfern ist von dem, was da die Restbevölkerung und auch ja die arbeitende Bevölkerung anbelangt... Was ich immer so, dann, aus meinem privaten Umfeld mitbekomme, wenn ich mich mit Studenten unterhalte, oder wenn ich mich mit Leuten unterhalte, die halt 'ne Ausbildung gemacht haben oder die jetzt arbeiten – dass da doch sehr unterschiedliche, ja, doch *Ansprüche* sind an Politik. Nicht unbedingt, dass da jetzt irgend'n Rechts/Links-Schema vorhanden ist, aber dass es einfach andere Aspekte gibt, auf die dann Wert gelegt wird in einem Diskurs.“³⁸³

„Also, ich find' grad' Feminismus und, ähm, auch die Gender-Debatte und wie auch immer... Das ist 'ne Sache, das wird in dieser studentischen Blase total geführt, also da hat jeder [...] zumindest 'ne Meinung dazu und ist auf jeden Fall schon mal damit konfrontiert worden. Aber wenn du auf die *Straße* gehst... Also, das ist einfach 'ne ganz andere Realität!“³⁸⁴

„Ich glaube, es ist *nicht* nur die Ignoranz, die dazu führt, dass sie [die Menschen im Allgemeinen, J. S.] manche Themen nicht angehen. Teilweise *ist* es auch die Blase, in

379 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 39f., Z. 1248-1250 (Herv. i. O.)

380 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 40, Z. 1258-1268 (Herv. i. O.)

381 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 39, Z. 1198-1203. Darüber hinaus erschwert schon die unausweichliche mediale Aufbereitung von Zusammenhängen für viele die politische Orientierung – doch soll auch das noch kurz zurückgestellt werden.

382 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 24, Z. 726-733; Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 7, Z. 205-224.

383 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 30f., Z. 930-937 (Herv. i. O.)

384 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 29, Z. 907-914 (Herv. i. O.)

der wir auch sind. Wir sind in der Uni-Blase. Das ist was, was mich selber beschäftigt: ‚Wie komm’ ich aus meiner Blase ’raus?’³⁸⁵

Worauf auch immer die Probleme kausal zurückgeführt werden: Inmitten eines so skizzierten diskursiven Handgemenges wächst der Wunsch nach Verständigung, Vermittlung, Einheit im Chaos. Die Sehnsucht nach der vermittelnden Vernunft des verständnisvollen Gesprächs im Gezänk der Emotionen ist groß. Selbst wo sie ohne konkreten inhaltlichen Bezug geäußert wird, ist er für die anderen Studierenden in den Fokusgruppen intuitiv verständlich:

„[...] ich hab’ auch das Gefühl, dass..., also, dass es momentan so in beide *Extreme* strebt, oder halt Leute komplett sich ’raushalten. Also es gibt zu wenig *Einigung* über Vieles und auch über so viele Begrifflichkeiten.“³⁸⁶

„Was ich ’n Problem find’, wenn viel über sowas läuft: dass das *Zuhören* fehlt. Dass meine Cousine, zum Beispiel – äh, vier Kinder, ganz früh Kinder gekriegt in Bayern – ganz klar anders Stellung bezieht als ich, und ganz klar gegen Ausländer und so, und sich auch auf Facebook positioniert. Aber ich hab’ das Gefühl, ich kann mich da nicht auf Facebook mit ihr drüber unterhalten! Ich müsste mit ihr da face-to-face sein. Und auch mit den youtubern oder was weiß ich was: Ich find’, so Leute, ähm... also mit vielen Leuten, da fehlt einfach ’ne Auseinandersetzung.“³⁸⁷

Bisweilen scheint eine alte (deutsche) Vorliebe für das soziale wie sozialmoralische Ideal von „Mitte und Maß“ aus den durch „konservative Sorge“ wie kapitalismuskritische Diagnostik gleichermaßen inspirierten Verweisen auf Anomie und Unversöhnlichkeit³⁸⁸; eine Vorliebe, die Halt bietet, etwa indem sie anti-alarmistische Verweise auf einen insgesamt doch gut funktionierenden deutschen „Mittelweg“³⁸⁹ oder gar die Behauptung einer zweieinhalbtausend Jahre überbrückenden Wesenskonstante des Ausgleichs inmitten politischer Konflikte gestattet.³⁹⁰ Seinen Gipfel erreicht das im relativistischen

385 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 47, Z. 1455-1456 (Herv. i. O.)

386 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 30, Z. 907-910 (Herv. i. O.)

387 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 54, Z. 1649-1655 (Herv. i. O.)

388 Vgl. zu den Traditionslinien dieser Diskussion um den Verlust der Mitte und ihres rechten Maßes Münkler, Herfried: *Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung*, Reinbek bei Hamburg 2012, S. 59-68, insbesondere S. 63.

389 „Also manchmal bin ich der komische VWLer, manchmal bin ich der Wein trinkende und rauchende Philosoph. [allgemeine Erheiterung] Und immer, wenn ich versuche, neutral für die andere Position zu argumentieren, sieht man wieder nur meine Chino-Hose, oder man sieht irgendwie nur, dass ich seit acht Wochen nicht mehr beim Friseur war, so. Das stört mich schon, und ich würd’ das auch gerne als eins von den gesellschaftlichen Problemen wahrnehmen, aber ich weiß nicht, ob das wirklich ’n Problem ist. Sondern ich glaube, dass wir im Moment, auch wenn es so ist, irgendwie doch ’nen ganz guten Mittelweg fahren in Deutschland. [...] Auch, wenn ich mit meinen Eltern diskutiere, dann denk’ ich manchmal: ’Was ist das denn für ’ne hinterwäldliche braune Dorfmeinung?’ [allgemeine Erheiterung] Aber eigentlich ist es genau dieser Mittelweg, den die fahren!“ Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 42f., Z. 1298-1315.

390 „Also, vor zweieinhalbtausend Jahren hat Aristoteles ja schon mal sowas geschrieben wie, dass es immer in der Politik Ausschweifungen nach links oder rechts gibt; es wird immer mal Extreme geben, die sich wieder einpendeln und woanders hingehen. Und das hat mich schon ziemlich beruhigt!“ Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 63, Z. 1993-1996.

Toleranzdiktum einer Soziologiestudentin, welche überhaupt keine leidenschaftliche Parteinahme, gleich für welche Position, gelten lassen will und demgegenüber die radikale „Offenheit“ als oberste Erziehungsmaxime einfordert.³⁹¹ Geradezu brachial flapsig bemerkt sie am Gegenstand des gesellschaftlichen Umgangs mit der AfD, auch die „Hitler-Zeit“ sei letztlich „nur so 'ne Phase“ gewesen, und auch das habe „sich ja auch irgendwie wieder eingerenkt“.³⁹² Welchen Eindruck hinterlässt der Blick auf diesen Themenkomplex insgesamt? Man ist einerseits versucht, die studentischen Klagen über ein neues erbittert-identitäres Lagerdenken als Ausdruck einer offenbar alltäglichen Erfahrung zu werten. Wäre die Überforderung nicht real empfunden, würde sie nicht so freimütig verbalisiert. Dabei können die Studierenden auch auf Zustimmung etwa aus dem Feuilleton wichtiger Zeitungen zählen, in dem immer wieder ähnliche Zeitdiagnosen gestellt werden.³⁹³ Andererseits muss das dadurch ausgedrückte Selbstbild, vermöge der analytischen Distanzierung über all jenen Konfliktparteien und „Blasen“ zu stehen, deren Borniertheit man Bescheid wissend durchschaut, und nur zu Unrecht von böartigen („extremen“) Rabulisten einsortiert zu werden, auch Misstrauen wecken. Auszuschließen ist es nicht, dass die Klage über Positionierungszwänge auch genutzt wird, um sich ganz generell davon zu dispensieren, überhaupt eigene politische Positionierungen argumentativ zu entwickeln und interaktiv zu verteidigen. Als unzumutbar erscheint es etwa einem generell mehr fragend als behauptend auftretenden Studenten der Politikwissenschaft und der Arabistik, in Diskussionen begründen zu müssen: „Wieso bist du gegen Merkel?!“, oder: „Wieso bist du für Merkel?!“, oder so, was auch immer.“³⁹⁴ Konfliktiven weltanschaulichen Auseinandersetzungen im Stile der 1970er Jahre stünden die insgesamt doch merklich harmoniebedürftigen Studierenden, so scheint es, entsetzt und hilflos gegenüber. Dabei navigieren sie oftmals selbst mithilfe suggestiver, identitätspolitischer Phrasen durch den Dschungel politischer Diskussionen, etwa mit rückversichernden Sätzen wie „Rechts ist extrem sexistisch, seien wir ehrlich“.³⁹⁵ Es drängt sich der Eindruck auf, dass also besonders der Rekurs auf eine diskursorientierte universitäre Gemeinschaft die Studierenden davor bewahrt, die Gesellschaft in ein Chaos zerfallen zu sehen.

391 „[...] ich hab' durchaus, ähm, durchaus *gute* Freunde von mir, wo ich das teilweise echt beobachte, wo ich mir denke: Älter!“, und: Ich möcht' mich mit deinen Eltern eigentlich nicht mehr unterhalten!“ Ähm, aber das ist für mich... Das ist *immer noch* eine meiner besten Freundinnen, und ich *urteile* nicht, sondern ich kann irgendwie drauf blicken und kann irgendwie, wenn ich mich 'ne ruhige Minute hinsetze, fünf Gründe aufführen, warum das wahrscheinlich so ist, ähm, und dann ist es auch irgendwie für mich gegessen, so. Ich finde gerade dieses, einfach, Draufblicken und Urteilen [...] muss man echt unterscheiden. Weil, *generell* seh' ich das auch so, dass in dem Moment, wo man urteilt, irgendwie so 'ne Spaltung entsteht, so, also: „Ich bin im richtigen [Licht], und die andere Person ist im Falschen!“ Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 25f., Z. 797-809 (Herv. i. O.)

392 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 64, Z. 2023-2025. Man ist natürlich versucht zu fragen: Was hätte ein Deutschland unter nationalsozialistischer Herrschaft noch anrichten können, wäre das „Einrenken“ ausgeblieben?

393 S. exemplarisch Jessen, Jens: Links oder rechts, in: Die Zeit, 02.05.2019, S. 37, der es *ibid.* auf die Formel bringt: „Wer sich nicht selbst einordnet, wird eingeordnet.“

394 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 40f., Z. 1239-1241.

395 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 28, Z. 896.

Als wesentliche Einflussgröße gefährdeter gesellschaftlicher Eintracht machen die Studierenden allgemeine politische Apathie aus. Dabei setzen sie immer auch bei sich selbst an. Hier scheiden sich die politisch und zivilgesellschaftlich vielseitig Engagierten von den eher apathisch Individualisierten: 14 von 44 Personen im Sample betätigen sich in NGOs, in der Flüchtlingshilfe, übernehmen ein Ehrenamt oder sind in kirchlichen Organisationen oder Vereinen assoziiert; sechs von 44 waren oder sind in Politgruppen, in der Hochschulpolitik, in Parteien oder Parteijugenden aktiv.³⁹⁶ Zwischen beiden Gruppen gibt es einige Überschneidungen, wodurch eine deutliche Mehrheit politisch nicht aktiver Studierender im Sample entsteht. Viele zögern daher, sich überhaupt als „politisch“ zu rubrizieren bzw. dem Thema Politik berechtigterweise eine große Bedeutung in ihrem Leben einzuräumen, sofern sie kein praktisches politisches Engagement vorweisen können; zwei Personen tun es mithilfe unorthodoxer Privatdefinitionen³⁹⁷, einige tun es tentativ unter Verweis auf ihre Versuche, sich regelmäßig politisch zu informieren.³⁹⁸ „Politisch sein“ aber impliziert für viele (auch Nichtengagierte) eben auch politische Praxis, zumal in einem demokratischen System. Darauf deuten folgende Äußerungen hin:

„Das ist nämlich das Ding, weshalb ich so überlegen musste, ob ich mich als politisch... als *besonders* politisch einstufen würde, weil ich, äh, neben dem Studium... nichts Politisches nebenher laufen. Deswegen würd' ich auch sagen: Interessiert mich natürlich, die Politik, ja, aber sicherlich nicht so wie manche Andere, die ich jetzt auch im Freundeskreis hab', die sich hochschulpolitisch engagieren oder tatsächlich inner Partei [...]"³⁹⁹

„Weil, ich glaub', wenn man das selber halt nicht macht und sich damit nicht auseinandersetzt, dann passiert halt auch nichts. Aber man muss halt da selber auch 'n bisschen aktiv werden.“⁴⁰⁰

Umso schlimmer, dass auch die Mitmenschen so selten politisch partizipieren. Politisches Desinteresse und „gemütliche“⁴⁰¹, „bequeme“⁴⁰², „angenehme“⁴⁰³ Praxisabstinenz zählt für die Studierenden zu den drängendsten Problemen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Zu geringe Wahlbeteiligung auf Bundes- wie auf Hochschulebene sei „traurig“.⁴⁰⁴ „Wenn die Leute nicht wählen gehen, dann scheitert irgendwie Demo-

396 Überregionale studentische Organisationen und Verbände spielen wie erwartet keine Rolle, es handelt sich um stark lokal verankerte Gruppenzusammenhänge.

397 „Ähm, also wenn es so um die *Pflege* geht, find' ich *schon*, dass ich mich politisch engagiere, indem ich ständig zur Pflegedienstleitung renne, ähm, und sage: ‚Hier, das ist Mist, was ihr macht!‘ – und das war O-Ton! –, oder bei der Heimaufsicht mich beschwere oder sowas. Also ich finde schon, dass das da 'n politisches Engagement ist.“ Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 42, Z. 1276-1279 (Herv. i. O.) „Ich geh' hin und wieder mal mit 'n paar Freunden containern. Irgendwie, find' ich, ist das auch 'n politisches Engagement.“ Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 42, Z. 1299-1300.

398 Vgl. etwa Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 41, Z. 1245-1248.

399 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 35, Z. 1078-1082 (Herv. i. O.)

400 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 38, Z. 1191-1193.

401 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 44, Z. 1364-1365.

402 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 57, Z. 1766.

403 Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 53, Z. 1680-1684.

404 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 38, Z. 1200-1201.

kratie natürlich auch 'n bisschen.“⁴⁰⁵ Zahlreiche gesellschaftliche Fragen blieben ferner beantwortet, weil „die Leute mit 'ner gewissen Ignoranz oder mit 'nem gewissen Augenverschließen [...] einhergehen“. ⁴⁰⁶ Eine „Konsumentengesellschaft“ habe sich hergestellt, die Politik als Freizeitangebot betrachte, welches man nach Belieben nutzen oder ausschlagen könne. ⁴⁰⁷ Doch gerade mit Blick auf die Funktionsfähigkeit der Demokratie bedürfe es dringend einer Bevölkerung aus kompetenten Bürgern, denn „Demokratie ist nur lebendig und Menschenrechte... und viele Werte, die wir vertreten, sind nur lebendig, wenn wir sie aktiv leben und dafür kämpfen!“⁴⁰⁸ Die Distanz der Menschen zur Politik müsse mithilfe neuer Methoden abgebaut werden, etwa durch ein „Forum“, „formal auf jedem Dorf, in jeder Stadt [...] wo man dann frei seine Meinung sagen kann [...]“, ganz besonders um der Kanalisierung der Frustration in Richtung AfD-Wahl oder rechtsradikale peer groups einen präventiven Riegel vorzuschieben. ⁴⁰⁹ Im Rahmen der herrschenden „individualistische[n] Sicht“ gehe den Menschen generell die Perspektive praktischer Kollektivität – „Wie kann ich mit den Anderen das eigentlich organisieren? [...] Wie können wir zusammen uns anders organisieren?“ – ab. ⁴¹⁰ Mehrere Personen sehen hier auch einen Generationeneffekt am Werk; man sei mitsamt der eigenen Altersgenossen, „sagen wir mal bis plusminus fünf Jahre“ sie – auch wenn „Trump und AfD“ hier einen Trend zur stärkeren Aktivierung markieren – „entpolitisiert“, ⁴¹¹ werde „halt auch überhaupt nicht politisch wirksam“, ⁴¹² gehöre einer beinahe lethargischen „Wohlfühl-Generation“ an, von der zurecht häufig das „Symptom“ kolportiert werde, dass sie „sich über nichts aufregen würde und so, obwohl wir vielleicht gerade voll den Grund dazu hätten.“⁴¹³ Mit besonderem Blick etwa auf die Handlungsnot in Klimafragen muss das zu Wut über sich selbst und die anderen führen, sei doch „[das] Bewusstsein [...] eigentlich *da*, aber die Leute ändern sich trotzdem nicht [...]“:

„Ich glaub', das ist so 'n bisschen das Hauptproblem. Man weiß ja, was richtig und falsch ist, das hat ja eigentlich jeder Mensch so 'n bisschen in seinem Inneren drin, dann, und gerade, wenn man in so 'ner Gesellschaft schon lange lebt, dann braucht man das einem eigentlich nicht erklären. In der Theorie weiß es jeder, aber die Frage ist halt, was angewandt wird.“⁴¹⁴

Und das, so werfen zwei Personen zusätzlich zum Generationsaspekt ein, obwohl es unter Studierenden und in Bildungseinrichtungen doch einmal um „Rebellion“ gegangen sei, obwohl es „historisch gesehen [...] doch relativ viele Studentenaufstände“ gegeben habe und man gemeinhin davon ausgehe, dass Studierende tendenziell „so Rich-

405 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 44, Z. 1406-1407.

406 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 36f., Z. 1115-1117.

407 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 69, Z. 2114-2121.

408 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 61, Z. 1877-1879. Mehr dazu weiter unten, Kapitel III.3.3 dieser Studie.

409 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 67, Z. 2055-2057.

410 Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 40f., Z. 1278-1282 (Herv. i. O.)

411 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 29, Z. 886-890.

412 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 28, Z. 868-869 (Herv. i. O.)

413 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 28, Z. 873-881.

414 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 33f., Z. 1046-1058 (Herv. i. O.)

tung leicht revolutionäres Denken manchmal auch an den Tag legen!“⁴¹⁵ Die Haltung, um drängende Probleme zu wissen, aber dennoch untätig zu bleiben, von zwei Diskutanten abfällig als „sehr deutsch“ oder „bürgerlich“ bezeichnet.⁴¹⁶ Die Empfindung einer Verpflichtung zu politischem Engagement ist aber auch abseits dieser vereinzelt identifizierten historischen Tradition denkbar groß. Diejenigen, die es dabei bewenden lassen, „dass man wenigstens so ’n bisschen... so ’n bisschen über Politik Bescheid weiß“⁴¹⁷, werden in den Diskussionen regelmäßig von Verfechtern anspruchsvollerer Politikbegriffe und Bürgerpflichten förmlich übertrumpft. Da nur wenige das so vielfach als wünschenswerte, ja gesellschaftsnotwendige Engagement selbst leisten, sind Selbstbezeichnungen und Rechtfertigungsversuche nahezu unvermeidlich. Diese werden stets unprovokiert geäußert, also ohne dass der Vorwurf politischer Apathie zuvor vonseiten der Moderation oder von Mitdiskutanten erhoben worden wäre. Es gehört weitgehend zum guten Ton, immer auch über die persönliche Verantwortlichkeit zu reflektieren. Dass im Grunde fortwährend Ansprüche verfochten werden, gegen die man selbst konsequent verstößt, lässt sich durch analytisch auftretende Urteile über strukturelle Hindernisse oft gut verdecken,⁴¹⁸ verleiht einigen offeneren Diskussionspassagen aber auch eine eigenartige, fatalistisch durchsetzte Büsserstimmung:

„Wenn mich was stört, auch an mir selber, ist das einfach ’n gewisses Hinnehmen, ’ne Passivität, ’n, ähm, einfach so... Das stört mich zwar, aber ich engagier’ mich nicht dagegen, und ich schieb’ das jetzt auch wieder weg, ist ja nicht direkt... bin ja auch nicht ganz direkt, so, jetzt betroffen.“⁴¹⁹

„Was ich auch manchmal selber schade finde, aber ich geh’ jetzt nicht auf irgendwelche Demos oder organisier’ mich in irgendeinem politischen... keine Ahnung, in irgendeiner politischen Gruppe oder so. Das Einzige, was ich mache, ist halt, die Nachrichten zu verfolgen und zu versuchen, mir eine Meinung zu bilden.“⁴²⁰

„Und das ist aber super schwierig, irgendwie, so! Weil wir vielleicht aus ’ner Wohlfühl-Generation sind, oder so. Ich weiß es nicht.“⁴²¹

„B3: [...] ich glaube, ich bin das Paradebeispiel [dafür], was in der Gesellschaft schief läuft. [allgemeine Erheiterung] Also wenn irgendwas in der Politik ansteht, denk’ ich mir: ‚Ja, der neben mir wird’s schon machen! [allgemeines Lachen] Warum sollt’ ich

415 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 26f., Z. 779-817. Ähnliches wird in einer anderen Gruppe angesichts geringer Hochschulwahlbeteiligung bemerkt: „Vor allen Dingen: Man sagt auch von Studenten: ‚Das sind gerade die, die politisch interessiert sind!‘“ Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 38, Z. 1212-1213 (Herv. i. O.)

416 Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 42f., Z. 1331-1354.

417 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 37, Z. 1155-1156.

418 „Weil ich auch glaube, dass die Demokratie auch schon dazu verleitet, ’n bisschen bequem zu werden in gewissen Fällen. Es wird ja für einen alles entschieden, und das... [...] Ähm, und da würd’ ich [...] mir einfach wünschen für die Zukunft, dass man da, ja, so’n bisschen mehr Aktivität – sei es nur auf der kommunalen Ebene oder wie auch immer – fördert.“ Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 57f., Z. 1766-1772.

419 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 37, Z. 1140-1144 (Herv. i. O.)

420 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 35, Z. 1097-1101 (Herv. i. O.)

421 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 28, Z. 880-881 (Herv. i. O.)

mich drum kümmern?' Und ich glaub', so denken viele. [...] B4: Ja, ich muss ehrlich sein, ich hab' den Gedanken auch ab und zu!⁴²²

Sehr direkt, selbstbewusst und bisweilen sogar kreativ hingegen werden die Gründe für das Ausbleiben eigenen politischen Engagements entfaltet. Als Hauptursachen nennen die Studierenden Zeitmangel und logistische Schwierigkeiten, die lähmende Atomisierung mitsamt der Erfahrung oder Erwartung mangelnder Wirksamkeit sowie ein substanzielles Befremden angesichts der „großen“ Politik und ihrer konfrontativen, ja schmutzigen Praktiken, teils unterlegt mit zuvor erlebten Frustrationserfahrungen. Dass politische Betätigung für sehr viele Studierende voraussetzt, sich regelmäßig und umfassend politisch zu informieren (denn nur, wer kundig ist, scheint zur Beteiligung fähig zu sein⁴²³), führt wenig überraschender Weise zu ähnlichen Überlastungsauskünften wie schon im Falle der extrakurrikularen Lektüre, für welche es ebenso an Muße mangelte.⁴²⁴ Sie fühlen sich auch jetzt schon – manche mehr, manche weniger – in ein Proto-Erwerbstätigenleben „von 8 bis 16 Uhr“ eingebunden, nach welchem man „müde“ nach Hause kommt und eben „keine Zeit“ habe, „über Gesellschaft, Politik, sonst was nachzudenken.“ Denn auch das „ist Arbeit.“⁴²⁵ Und da es eben Arbeit ist, erschläft bei einigen der Eifer. Aus diesem Grund wird mehrfach zu Protokoll gegeben, dass ein früher ausgeprägteres politisches Interesse im Laufe des Studiums sogar zurückgegangen sei, man in dieser Hinsicht sukzessive introvertiertere Züge angenommen habe.⁴²⁶ Ein junger Student der Volkswirtschaftslehre verweist darüber hinaus auf „andere Probleme“ und Sorgen, die die zusätzliche Akkumulation von Unruhequellen unattraktiv machten,⁴²⁷ während eine Studentin der Sozialen Arbeit ihren Verzicht auf eine Beteiligung an Hochschulgremien – welche sie mit Blick auf den späteren Diskussionseintritt für durchaus opportunistisch hält – damit, zu ihrem Studienort pendeln zu müssen.⁴²⁸ In einem Fall wird die Überforderung eingestanden, überhaupt „'ne Meinung zu finden“, sich „entscheidungsfähig genug“ zu fühlen.⁴²⁹ Mit Blick auf die Notwendigkeit, sich für engagierte politische Teilhabe regelmäßig informieren zu müssen, wird an einer Stelle unfreiwillig ironisch – da entlarvend – eingeworfen, dass „nicht nur bei den Studenten das Problem“ mangelnder Zeit existierte, sondern „dass einfach keiner die Zeit

422 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 38, Z. 1187-1195.

423 Vgl. Kapitel III.3.1 dieser Studie.

424 Vgl. Kapitel III.3.1 dieser Studie.

425 Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 12, Z. 377-384 (Herv. i. O.)

426 Vgl. Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 34, Z. 1071-1078 und S. 37, Z. 1170-1178; Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 55f., Z. 1753-1172.

427 „B3: [...] ich hab' im Leben andere Probleme, als jetzt in der Politik was zu bewirken, sag' ich mal. Finanzielle Probleme oder auch, so, Probleme mit meinem Sozialleben, sag' ich mal. Und dann noch was für die Politik zu machen? [Da] denk' ich mir: ‚Warum mach' ich mir so unnötigen Stress?‘ B6: Mhm. [bejahend] B3: Weil, es hat ja keine direkten positiven Veränderungen, jetzt, für mich.“ Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 38, Z. 1205-1212.

428 „Ehrlich gesagt, weil das für mich, irgendwie, anstrengend ist, wenn ich da anderthalb Stunden hinfahre, um da was zu machen, und dann wieder zurückzufahren. Das war für mich auch 'n großer Grund, dass ich da nicht 'reingegangen, obwohl das sich ja eigentlich immer ganz gut, irgendwie, in der Bewerbung oder so was liest, wenn man dann sagt, man war im Fachschaftsrat oder so was.“ Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 39, Z. 1239-1244.

429 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 45, Z. 1421-1425.

dazu hat, eigentlich.“⁴³⁰ Noch knapper als Zeit sind positive Erfahrungen politischer Teilhabe. Dass die Partei, die man hoffnungsfroh wählte, ihre Wahlversprechen nicht umsetzt und somit das Prinzip der Interessenaggregation ins Zwielicht rückt,⁴³¹ dass es keine „direkten“ Möglichkeiten politischer Partizipation und „Blasen“ überbrückender Kommunikation gebe,⁴³² ja nicht einmal ein „Forum“ für die kontrollierte kathartische Entladung politischer Frustrationen,⁴³³ ruft ein tiefsitzendes Gefühl individueller Ohnmacht hervor. Es fehlt, bisweilen explizit bekundet, an Kollektivitätsbewusstsein, an Zielvorstellungen und an positiven Erfahrungen tatsächlicher gesellschaftspolitischer Wirksamkeit. Viel zu viel Energie verschlinge die oft erfolglose Betätigung in den vorhandenen Organisationen wie Parteien, Parteijugenden oder Hochschulgruppen. Zu zementiert die Verhältnisse: „Der Output, der fehlt, und es ist relativ fern, dass irgend 'n Output auch entstehen könnte, dass man irgendwas bewirkt. Weil alles so gefestigt ist, so, Establishment und alles.“⁴³⁴ Auch wird hier sehr schnell klar, warum das auch von Jugendstudien und vom Studierendensurvey als Breitenphänomen herausgearbeitete flexible und unverbindliche Engagement in kleinen und themenzentrierten Betätigungsfeldern, etwa im Ehrenamt der Flüchtlingshilfe, den Studierenden so viel attraktiver erscheint: „Ich glaube, was auch einfach dann der Unterschied in der Motivation, da, so 'n bisschen ist, ist: Wenn man das so auf so kleinerem Level macht, dass man tatsächlich Resultate sieht.“⁴³⁵ Am unerbittlichsten, aber auch mutigsten, wird das Problem individueller Bedeutungslosigkeit durch fehlendes Organisationswissen und fehlende Selbstwirksamkeitserfahrungen in der folgenden Passage anhand der eigenen Kommilitonen analysiert:

„Der kooperative Akteur, das Unternehmen, das bestimmt unser aller Leben ja in 'ner gewissen Form, ja, diese Riesenschiffe, irgendwie, amazon, Apple, Google, was auch immer. Dass diese... Was wir zusammen schaffen können, ist irgendwie das, was uns ja beeindruckt! Und was uns auch ängstigt, ja, weil irgendwie... Wir können so viel schaffen als Kollektiv, und dann so: ‚Oh Gott, ich alleine, ey. Völlig bedeutungslos!‘, ja? Und das ist für mich schon 'ne [...] Spannung, die aktuell halt zutage tritt, und die auch diese Konfrontation irgendwie so, dann, zwischen den Gebildeten, Ungebildeten, und diesen ganzen Sachen..., weil dieser *Zugriff* nicht mehr da ist.“⁴³⁶

Hinzu tritt die von vielen empfundene lebensweltliche Distanz von der „großen“ Politik, einer fernen Welt mit eigenen Gesetzen: „Die Regierung und die Politiker, die man so aus'm Fernsehen [lacht], aus den Zeitungen kennt, das ist nochmal 'ne ganz abstraktere Welt, ähm, find' ich.“ Stets spräche „so 'n Politiker“ unentwegt, „ohne eigentlich wirklich [...] was zu sagen“, zeige überdies nur „Präsenz [...] wenn die *Wahlen* wieder anstehen“, sei sonst aber „immer sehr unantastbar“. ⁴³⁷ Allerdings können es gerade auch

430 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 39f., Z. 1232-1250.

431 Vgl. Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 39, Z. 1227-1237.

432 Vgl. Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 52, Z. 1582-1591.

433 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 59, Z. 1801-1813.

434 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 34, Z. 1077-1079.

435 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 35f., Z. 1120-1127.

436 Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 41, Z. 1289-1297 (Herv. i. O.)

437 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 41, Z. 1245-1248 und S. 69, Z. 2135-2139 (Herv. i. O.)

persönliche Erfahrungen mit politischem Engagement sein, die Entfremdungseffekte angesichts opportunistischer und „destruktiv“-konfliktiver politischer Praktiken und daraus folgende politische Apathie erzeugen. Eine Jura-Studentin berichtet über eine Serie von Enttäuschungen über die durch rivalisierendes Machtgebaren gezeichnete Niederträchtigkeit „echter“ Politik, die sie im Umfeld von Kommunal- und Jugendpolitik erlebt hat. Politische Praxis sei, so resümiert sie, „noch viel schlimmer“, als zu ahnen sei: „Ich *säß* da so und ich war da halt, weiß nicht, unter 20, und da waren dann halt teilweise SPD-Politiker und CDUler, die sich halt so kindisch angekeift haben und halt irgendwie so total kontraproduktiv.“ Ausflüchte von Nichtwählern toleriert diese Studentin aufgrund der gebotenen Pflicht der Beschäftigung mit Politik auch weiterhin nicht, doch ist die aktive Beteiligung ihr vergällt: „Boah, ich konnt’ einfach nicht mehr [...]“⁴³⁸ Ähnliches berichtet ein Student anhand von Erzählungen einer politisch aktiven Freundin: „In der Kommunalpolitik, was die halt für, ähm, keine Ahnung, also Intrigen und was weiß ich alles... So echt wie House of Cards, so! [...] Das geht so wie auf ’nem scheiß *Spielplatz*, so.“⁴³⁹ Erfahrungen mit abschreckenden politischen Praktiken sammelte auch eine andere Studentin mit politischen Hochschulgruppen: Ein zu „polarisiertes“, zu wenig „konstruktives“ Klima halte sie von weiteren Tätigkeiten ab.⁴⁴⁰ Anderen wiederum genügen schon flüchtige Eindrücke und Mutmaßungen, um ihr Naserümpfen etwa gegenüber der gängigen (hochschul-)politischen Praxis auszudrücken.⁴⁴¹ Denjenigen, die diesen Kampf nicht vorzeitig aufgeben, blüht aus der Sicht der Studierenden der vollständige Verlust aller ursprünglichen Motivationen, mithin die Selbstvernichtung jedes authentischen Ansinnens durch die Mühlen des Interessenkampfes:

„[...] ich glaub’, da ist auch wirklich das Problem, weil man wirklich – also in der Politik, Parteipolitik – was ange-..., äh, was *erreichen* will, so, dann muss man nach ganz oben kommen, irgendwie. Und um *da* oben hinzukommen, musst du so viele Kompromisse eingehen, musst du also deine Ideale eigentlich verraten, und irgendwie 20 Jahre da ’rein investieren, und immer irgendwie ’n gutes Bild nach außen machen und so, und immer schön lächeln und Hände schütteln – Den richtigen Leuten die Hände schütteln, auch wenn die richtig scheiße sind, so!“⁴⁴²

438 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 36f., Z. 1137-1161 (Herv. i. O.)

439 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 34f., Z. 1087-1090 (Herv. i. O.)

440 „Also, ich find’, dass es an der Hochschule sehr, immer, aufgebraucht ist und sehr polarisierend ist, und dann meiner Ansicht auch durchaus intolerant gegenüber anderen Hochschulgruppen, zum Beispiel. Das ist... Keine Ahnung, da *fühl’* ich mich persönlich einfach nicht wohl, weil das dann mitunter kein konstruktiver Widerstreit mehr ist, sondern einfach nur ein [unverständlich] und ein Gegeneinander, so wie es halt mir vorkommt. Und dann hab’ ich mich auch bei... Also, ich hab’ mir auch andere, nicht-politische Hochschulorganisationen angeguckt, das hat mir aber irgendwie auch nicht so viel Spaß gemacht. Deswegen ist das jetzt auch erstmal auf Eis gelegt.“ Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 36, Z. 1091-1098.

441 „B2: Weil die... Die... Ähm, die Hochschulpolitik *an sich* ist relativ demokratisch, glaub’ ich, aber wie dann wirklich die Hochschulpolitik am Ende *gemacht* wird... B5: Ist halt wie in der richtigen Politik, ne. B2: ... da wird ja echt von oben ’runterdiktiert, oder nicht? B5: Ja.“ Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 38f., Z. 1215-1222 (Herv. i. O.)

442 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 36, Z. 1129-1135 (Herv. i. O.)

Auch diesem Redner der insgesamt äußerst fatalistisch gestimmten 7. Fokusgruppe bleibt die Beteiligung „im ganz *Kleinen*“, hier auf dem Gebiet der Sozialen Arbeit, der politischen Bildung und der Rassismusprävention, als einziger Ausweg; zwar nicht als probater Ersatz zur Aufrechterhaltung der Illusion, „im Großen und Ganzen“ Veränderungen herbeiführen zu können, aber doch immerhin als Möglichkeit – die Übernahme des expliziten Vokabulars sei hier gestattet – „die Scheiße irgendwie“ zu „verwalten, dass es nicht *ganz* so schlimm steht, so.“⁴⁴³ Eine Studentin der Wirtschaftswissenschaften aus derselben Gruppe, die „’ne Zeitlang [...] Deutsch-Unterricht gegeben“ hat „für Flüchtlinge“, stimmt ihm darin zu: Diese Tätigkeit habe ihr das Gefühl verschafft, effektive Hilfe zu leisten und Veränderungen zu bewirken.⁴⁴⁴

Durch das vielfach monierte Fehlen einer vermittelnden, idealerweise über allen Streitparteien stehenden, Rationalität im durch verselbstständigte Kalküle verzerrten Interessenstreit als zentraler Begründung eigener politischer Apathie erscheint nun auch die bereits referierte kritische Sicht über allgemeine politische Polarisierungsprozesse in einem neuen Licht. Könnten beide Motivkomplexe nicht auf eine Klage über die strukturelle Konfliktivität von demokratischer Politik⁴⁴⁵ und über die Unübersichtlichkeit des demokratischen Meinungsstreits *insgesamt* hinauslaufen, gleichsam auf einen Hilfeschrei des gestörten kleinbürgerlich-privatistischen⁴⁴⁶ Ruhebedürfnisses? Zugespitzt: Auf ein Leiden am Politischen?⁴⁴⁷ Auf wenige der hier vertretenen Fokusgruppenteilnehmer würde das exakt zutreffen; dass es aber zumindest als mentaler Unterstrom auf die studentischen Orientierungen einwirkt, ist kaum von der Hand zu weisen. Das bleibt auch dann gültig, wenn man zugesteht, dass sich Politikeliten stets auch um Machterhalt bemühen und dass sich die medial präsentierte politische Diskussion in Öffentlichkeit und Parlamenten tatsächlich häufig in symbolträchtigen und aufmerksamkeitsmagnetischen Streitthemen verfängt und dann auch so medial präsentiert wird, während langfristige und wenig populäre Aufgaben in den Hintergrund treten. Interessant ist, dass nicht eine einzige Studentin und nicht ein einziger Student auch nur auf die Idee kommt, politische Apathie als legitimes Verhalten

443 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 36, Z. 1136-1139 (Herv. i. O.)

444 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 34f., Z. 1105-1110.

445 Vgl. Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 171 und 173f., wo die – Deutschen schwerfallende – Anerkennung des Konflikts als Grundlage gelingender demokratischer Prozesse bestimmt wird.

446 „Denn eigentlich ist der Kleinbürger völlig unpolitisch. [...] Sein Zuhause ist [...] in Wirklichkeit das reich der apolitischen Normalität. Dort findet der Kleinbürger Unterstand in Zeiten relativer Ruhe und Schutz vor der Politik, die doch nur ein ‚schmutziges Geschäft‘ ist. [...] Er selbst strotzt vor Normalität, ja er ist geradezu die Inkarnation einer in Gefahr geratenen Normalität, nämlich eines echten Mittelmaßes. Immer im Dienste des Allgemeinen, des Sittlichen und Natürlichen, immer im Namen der Mitte und des Durchschnitts.“ Dabei „steht die kleinbürgerliche Kultur der Normalität auf schwankendem Boden, sie ist eigentlich nichts anderes als der aus Verdrängung gewonnene Schein einer Normalität, die, je selbstgewisser sie propagiert wird, desto offenkundiger die ihr zugrundeliegende Unsicherheit, nämlich die prekäre Lage des Mittelstands im Kapitalismus, preisgibt.“ Franke, Berthold: Die Kleinbürger. Begriff, Ideologie, Politik, Frankfurt a.M./New York 1988, S. 214f.

447 „Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind.“ Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen [1932], Berlin 1979, S. 26.

der demokratischen Mehrheit zu denken. Angesichts des auch in Deutschland präsenten kontinentalen Demokratieverständnisses sowie der seit den 1990er Jahren durch politische Bildung, zivilgesellschaftliche Träger und Regierenden-Rhetorik forcierten Idealisierung des „kompetenten Bürgers“, welche für den Erhalt einer Funktionsfähigkeit der demokratischen Gesellschaft auf die Heranbildung aktiver Träger von „Normen und Werten“, mithin auf „Partizipationsbereitschaft, Partizipationsfähigkeit und [die] Übernahme von Aufgaben, die sich an dem Gemeinwohl orientieren“⁴⁴⁸ in einer möglichst vitalen „Bürgergesellschaft“ oder „Zivilgesellschaft“ setzt⁴⁴⁹, verwundert das allerdings nicht. Konkurrenztheoretische oder „realistische“ Funktionsauffassungen demokratischer Systeme, wie sie in den 1940er Jahren von Joseph Schumpeter („demokratische Methode“) oder in den 1960er/70er Jahren auch von Wilhelm Hennis („vertrauensbasierte Personalwahl“) die Existenz eines Rousseau'schen Volkswillens konsequent infrage stellen, die zentrale Aufgabe von Wahlen in der Rekrutierung von Führungseliten für einen „Herrschaftsauftrag auf Zeit“ erkennen⁴⁵⁰ und damit gerade die mehrheitliche Passivität der als politisch entscheidungsunfähig und schnell überfordert gedachten Bürger als entscheidenden Stabilitätsanker der demokratischen Gesellschaft verstehen,⁴⁵¹ liegen außerhalb des Denkhorizonts von Studierenden.

Jenseits dieser drei großen Themenkomplexe werden noch weitere Problemthemen genannt, die aber zumeist keine ausgiebige Diskussion, höchstens ein kurzes Zwiegespräch, auslösen. Ab und zu wird ein durch die international ausgreifende Seite der Verschärfung von Konfliktpotenzial, nämlich den beobachteten Aufstieg von Nationalismen und Machterhaltsfokussierungen bedingtes steigendes Risiko militärischer Auseinandersetzungen angemerkt. Als Grundbedingung einer intakten Zukunft mahnt ein Fokusgruppenteilnehmer, der sich an anderer Stelle über eine russlandfeindliche Berichterstattung mokiert, „dass man keine Kriege startet.“⁴⁵² Ähnlich argumentiert eine Studentin aus einer anderen Fokusgruppe, die eine allgemeine „Angst vor 'nem zweiten Kalten Krieg“ beobachtet, anlässlich des Gift-Anschlags auf den ehemaligen russischen Doppelagenten Sergej Skripal in Großbritannien, „dass jetzt so sich das Lager gegen Russland bildet“, dass „Russland immer mehr zum absoluten Feind deklariert wird.“⁴⁵³ Kritisch, aber eher beiläufig wird in einer Fokusgruppe die Video-Werbung der Bundeswehr in Apps und Online-Plattformen erwähnt.⁴⁵⁴ Andere Studierende wünschen sich mehr entschlossene Lösungsansätze für die ganz großen außenpolitischen „richtigen“ Probleme, etwa zukunftsfähige „konstruktive“ Konzepte für eine international funktionierende Wirtschafts- und Umweltpolitik⁴⁵⁵ oder eine Stabilisierung und Forcierung

448 Münkler, Herfried: Der kompetente Bürger, in: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Baden-Baden 1997, S. 153-172, hier S. 153 und 155.

449 Vgl. Schulz: Lebenswelt und Kultur des Bürgertums, S. 103-106.

450 Vgl. Lenk, Kurt: Wie demokratisch ist der Parlamentarismus? Grundpositionen einer Kontroverse, Stuttgart Berlin Köln Mainz 1972, S. 13-23 und 30-34.

451 Für das Beispiel von Hennis' „vertrauensbasierter Personalwahl“ vgl. *ibid.*, S. 34f.

452 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 47, Z. 1475-1478.

453 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 38, Z. 1154-1166.

454 Vgl. Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 46-48, Z. 1471-1504.

455 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 54, Z. 1709-1721 (Herv. i. O.)

des „Zusammenwachsens“ der Europäischen Union gegen die grassierenden Fragmentierungstendenzen – „Dann erzählt man sich [später] *nicht* von den Kriegsgeschichten und den blöden Nachbarländern, sondern dann erzählt man halt von dem tollen Auslandssemester in Spanien oder so.“⁴⁵⁶ Andere, die dem grundsätzlich zustimmen, wünschen sich aber ebenso eine Konkretisierung dieses Zusammenwachsens, einen Fahrplan mitsamt Konsequenzen und (politischen) Kosten, gerade angesichts der 2018 noch strikt antieuropäisch auftretenden AfD.⁴⁵⁷ Mangelnde Geschlechtergleichstellung, etwa in Sachen *gender pay gap* oder Alltagssexismus, wird in drei Fokusgruppen thematisiert,⁴⁵⁸ insgesamt aber deutlich seltener als die oben referierte Kritik eines identitätspolitisch überdrehten Feminismus. In einer Fokusgruppe wird infolge von Erfahrungen mit pflegebedürftigen Angehörigen wütend eingeworfen, dass die Zustände in Pflegeheimen und Pflegeberufen unhaltbar seien.⁴⁵⁹ Ebenfalls singulär findet sich die Thematisierung der Wohnraumpolitik, die mit dem Lob einer lokalen Hausbesetzung zugunsten von Flüchtlingen abgerundet wird⁴⁶⁰ sowie die Kritik an marktwirtschaftlichen Funktionsweisen des Gesundheitssystems.⁴⁶¹ Abseits von der Thematik kritischen Konsums wird selten über ökologische Themen gesprochen, auch in den Frankfurter Fokusgruppen, die nach dem medienpräsenten Dürresommer 2019 stattfanden. Wird das Thema erwähnt, dann erscheint das Gesamtproblem der Umweltverheerung angesichts der weltweiten kapitalistischen Wirtschaftsweise kaum durch Reformen, Gesetze, veränderte Konsumstile allein lösbar:

„Natürlich hat es was damit zu tun, mit der Rolle, die dieses Land in der Welt spielt, und mit... Wir fahren unseren ganzen Shit, unseren ganzen Müll in die Meere, nach Afrika – da liegt er 'rum, da geht's Leuten schlecht, weil die irgendwie neben, irgendwie, Elektroschrott wohnen. Das ist kacke, die trinken dreckiges Wasser, irgendwelche kleinen Kinder nähen unsere Hosen und so. Da kann ich jetzt, irgendwie, *direkt* nichts dafür, aber... Ja. Unser System.“⁴⁶²

In derselben Fokusgruppe beklagen sich zwar auch zwei Studierende naturwissenschaftlicher bzw. naturwissenschaftsnaher Fächer über eine Dämonisierung von Landwirtschaft, Industrie und Technik.⁴⁶³ Beide Vorstöße indes – Umweltschäden als Conse-

456 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 15, Z. 459-463 (Herv. i. O.)

457 „Wenn man 'ne Podiumsdiskussion, auch in der Uni, hat, und man diskutiert über irgendwelche Punkte, dann sind sich die anderen Parteien in vielen Punkten einig. So, dass wir zum Beispiel mehr Europa brauchen, so. Da würde kaum eine Partei sagen: ‚Ist nicht!‘ Aber *wie* dieses ‚mehr Europa‘ aussehen soll, zu der Debatte *kommen* wir überhaupt nicht, weil die AfD sagt: ‚Wir brauchen kein Europa!‘“ Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 60f., Z. 1859-1863 (Herv. i. O.)

458 Vgl. Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 57, Z. 113-1824; Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 22, Z. 681-701; Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 28f., Z. 895-909.

459 Vgl. Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 38f., Z. 1157-1199.

460 Vgl. Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 36f., Z. 1113-1133.

461 Vgl. Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 60-62, Z. 1891-1955.

462 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 58, Z. 1848-1853 (Herv. i. O.)

463 „Gestern war jetzt wieder in den Nachrichten: ‚Jo, Bayer darf jetzt Monsanto nun doch übernehmen‘, und dann dieses *ständige* Misstrauen gegenüber der heutigen Forschung/Wissenschaft, auf die sich die derzeitige Landwirtschaft und Ernährungsproduktion beschränkt. Und egal, worum es geht – ob es die Verfahren in der Tierhaltung sind, Pflanzenschutz, Düngung -, hört man ständig eigentlich so... Es ist immer dieser negative Ton darin [...]“ „Ja, ist aber generell so, dass man

quenz des „Systems“ anzuprangern wie die Parteinahme für die Reputation der Naturbeherrschung – bleiben Statements und verpuffen weitgehend. Vollends randständig ist das Thema öffentlicher Sicherheit. Nur eine Studentin äußert „Angst, in die Innenstadt zu gehen, mittlerweile [lacht], wenn's dunkel ist“, obwohl sie „früher immer gerne feiern gegangen“ sei, relativiert das aber sogleich als mögliche kognitive Verzerrung ihrerseits.⁴⁶⁴ Das macht auch deutlich, welche Perspektiven *nicht* mehrheitsfähig zu sein scheinen: Die Wahrnehmung gefährdeter öffentlicher Sicherheit oder die Forderung nach dem rigorosen Prinzip von *law and order*. Parteipolitische Deutungsangebote, die auf derartige Konzepte setzen, werden es wahrscheinlich auch in Zukunft schwer haben unter Studierenden. Der „Willkommenskultur“-Impuls von 2015 mag erloschen sein, doch wurde er nicht nur durch eine skeptische, sondern auch weitgehend wohlwollende Sichtweise auf die gegenwärtige Asyl- und Integrationspolitik ersetzt. Ferner fällt insgesamt auf, dass die politische Problemwahrnehmung immer auch stark von charakterlichen Dispositionen abhängt. Während die einen ernst, passioniert, bisweilen moralisierend auf Fragen der Bildungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit eingehen, gehen andere spielerischer und experimenteller mit dem Blick auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen um. Auch sind manche spürbar vom Drang getrieben, „positive“ Entwicklungen und Ereignisse zu benennen, „für“ etwas sowie im Einzelnen einmal zufrieden und glücklich zu sein, um die von ihnen als deprimierend, beinahe beißend empfundenen Spannungen negativer Stimmungslagen herabzusetzen.⁴⁶⁵

Die Diskussion über politische Probleme treibt in den Fokusgruppen von sich aus zur Frage nach möglichen Lösungskonzepten. In diesen aufschlussreichen Passagen greifen die Studierenden wiederum fast durchweg auf bildungsemphatische Rezepte zurück. Sie reichern die schon in Fragen der Persönlichkeitsschulung so hochgelobte Triebkraft der Bildung um eine gesellschaftliche Dimension an; als *politische Bildung* wird sie zur beinahe universalen Erklärungsschablone und zugleich zur produktiven Gegenkraft negativer Entwicklungen. Politische Bildung ist für die Studierenden ein essenzieller Kampfbegriff, ja ein gesellschaftspolitisches Panazee aus dem Arzneischrank der sozialen Integration. Ganz so, wie es Koselleck bereits in den 1980er Jahren über das Bildungsbürgertum des langen bürgerlichen Jahrhunderts schreibt, legen sie den Bildungsbegriff politisch aus: „Bildung ist [...] primär überpolitisch, aber politisch ab- und wählbar, weshalb im Deutschen die Zusatzbestimmung der ‚politischen‘ Bildung erfor-

alles, womit man irgendwie Lobby machen kann, irgendwie negative Schlagzeilen machen kann, machen... also, das verunsichert die Leute einfach. Also wenn ich sage, ich studier' Chemie, dann sind auch immer alle total kritisch, und dann wird da irgendwie... ‚Umweltvergifter!‘, oder so was [gerufen]... Ja.“ Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 31, Z. 966-982 (Herv. i. O.)

464 „Es war wahrscheinlich totaler Schwachsinn, aber das hat mir mega Angst gemacht, und nimmt mir auch Lebensqualität, dass ich nicht mehr so unbefangen in die City gehen kann zum Feiern. Ähm, viele Geschichten von Freunden, die in der Innenstadt wohnen, die immer mal wieder von verrückten Leuten hören, die Menschen anschreien und mit Flaschen werfen. Ich weiß nicht, ob ich früher einfach nicht so den Blick drauf hatte, weil, natürlich, klar, das Bier floss in rauen Mengen. [lacht] Aber, ja, das ist so mein persönliches Empfinden.“ Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 36, Z. 1088-1094.

465 Vgl. beispielsweise Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 58, Z. 1832-1855; Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 42f., Z. 1298-1315; Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 37, Z. 1135-1138; Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 74, Z. 2344-2352.

derlich ist.“⁴⁶⁶ Die Fokusgruppenteilnehmer „rufen“ sie „ab“ als Kraft der Domestizierung der Einzelnen Trägern einer rationalen, gemäßigten, zivilisierten, prodemokratischen Innerlichkeit und hoffen damit, das ihnen angemessen erscheinende Spektrum gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen zu sichern. Ein Student mit teilweise französischen Wurzeln, der in Deutschland im Vergleich zum unruhigen Frankreich einen „durchschnittlich höher[en]“ „Bildungsgrad“ ausmacht, mutmaßt schon anhand des originären Bildungsbegriffs vorsichtig, „dass auch 'ne Bildung wichtig ist für Stabilität in der Gesellschaft und für die Pressefrei-... für Gesellschaften, die demokratisch aufgebaut sind.“ Dies hält er gerade angesichts aktueller politischer Entwicklungen für dringend:

„Da wir gerade in Zeiten sind [...], in denen medial nochmal eher Meinungen als Fakten diskutiert und prominent gemacht werden, find' ich, es wird auch die gesellschaftliche Rolle von Bildung in Zukunft auch nochmal größer werden.“⁴⁶⁷

Ähnlich, aber unter Hinzuziehung des Adjektivs „politisch“, formuliert es einer jener Studierenden, die ihr Studium explizit mit dem Ziel aufgenommen haben, Gesellschaft zu verstehen und zu verändern, wenn er als zentrales Movens angibt, „politische Bildung“ für sich selbst zu erwirken und „die Unfähigkeit, irgendwas zu bewirken in der Gesellschaft“ zu begreifen.⁴⁶⁸ Dieses Konzept der (Selbst-)Erziehung für eine funktionierende demokratische Ordnung ist unter den Studierenden des Fokusgruppensamples über alle Studiengänge und Studienfortschritte hinweg mehrheitsfähig. So soll politische Bildung im Zeitalter von *fake news* und Online-Hetze auch zum korrekten Mediennutzungsverhalten erziehen⁴⁶⁹, wie in einer dramatischen Skizze des Einflusses von Hasskommentaren im Internet nachzuvollziehen ist, die politische Emotionalisierung mit Unbildung korrelieren lässt:

„Ich glaube, dass die *wenigste* politische Bildung bei den Leuten, die immer wieder schreien: 'Wir haben ja nichts mitzubestimmen!', wirklich über die Öffentlich-Rechtlichen laufen würde. Ich hab' mal so 'n bisschen, ähm, youtube gestalkt, [lacht] kann man, glaub' ich, so sagen: Es gibt so furchtbar viele volksverhetzende, antidemokratische Videos von solchen hirnlosen Spasten! Die haben sehr viele Likes, die haben so viele Kommentare – und *das* find' ich gefährlich! Die Vierte Staatsgewalt – was so über Facebook-Gruppen, Whatsapp -, was da läuft, wo sich *da* viele informieren, *das* find' ich gefährlich!“⁴⁷⁰

Im Idealfall müssten heranwachsende demokratische Bürger von Klein auf intensiven politischen Bildungsbemühungen ausgesetzt sein, gerade auch im Sinne des Nachteilsausgleichs in der Chancengesellschaft schon als Kinder die entsprechenden „demokratischen Werte“ so früh wie möglich eingepflegt bekommen:

466 Koselleck: Einleitung, S. 27.

467 Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 40, Z. 1250-1257.

468 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 18, Z. 548-549.

469 Vgl. Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 21, Z. 670-672 und S. 43, Z. 1351-1366.

470 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 53, Z. 1631-1637 (Herv. i. O.)

„[...] 'ne gewisse Teilhabe an Demokratie muss es doch geben, weil Demokratie nur funktioniert, wenn sie auch gelebt wird. [...] Und ich glaube, da ist... ist schon die Schule 'n wichtiger Weg, weil: Natürlich, die wirklichen demokratischen Werte lernt man irgendwie außerhalb der Schule, aber das lernen wieder *die*, wo sich die Eltern dafür einsetzen, dass die Kinder was außerhalb der Schule machen.“⁴⁷¹

In einer anderen Fokusgruppe ruft eine angehende Lehrerin, nachdem die Diskussion einmütig zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die parlamentarischen Einflussmöglichkeiten per Wahlstimme unbedingt zu „schätzen“, erleichtert aus: „Deswegen ist *politische Bildung* ja auch so wichtig, und deswegen mach' ich das ja auch! [lacht]“⁴⁷² Und eine Studentin der Germanistik und Anglistik, die sich im Rahmen eines Nebenjobs mit „Demokratiepädagogik“ beschäftigt hat, legt darüber hinaus Wert auf praktische Aspekte politischer Bildung, welche sich auf die Gestaltung des schulischen Umfelds beziehen, kurzum

„so Politik im *Kleinen* halt. So: ‚Wie ist 'ne Schule organisiert? Wie werden Entscheidungen in Klassen getroffen? Wie weit werden die Schüler mit einbezogen? Welche *Haltungen* werden vermittelt? Wie sehen die... gehen die Lehrer mit Problemen um?‘ So, so 'rum, einfach so strukturell, auch, so 'n bisschen.“⁴⁷³

Gelingt das, so ein weiterer Student der Forstwissenschaft und Waldökologie, könne das auch zur Teilhabe etwa in der Kommunalpolitik anregen.⁴⁷⁴ Doch folgt man der Beurteilung der Studierenden, sind wir von einer solchen, der empowerment fähigen, schulischen Pädagogik aktuell weit entfernt. Liegt die Wurzel zahlreicher besprochener Probleme nicht gerade in aktuellen Defiziten politischer Bildung begründet? Demokratische Stabilität, Wählerzufriedenheit, Repräsentationsdefizite – „Irgendwie, es führt halt nachher alles wieder zur Schule und zum Schulsystem zurück.“⁴⁷⁵ Die geringe politische Bildung der Klassenkameraden ihres Bruders hinsichtlich gewisser „Basics“ ruft bei einer zuvor berufstätigen Lehramtsanwärterin blankes Entsetzen sowie den Eindruck, dass bereits in der Schule „irgendwie schon Fehler gemacht werden“, hervor.⁴⁷⁶ Ein Ausbau der bestehenden Lehrpläne und Lehrpraxen erscheint nicht wenigen daher plausibel und angebracht. Dass man in einer Demokratie fortwährend zur aktiven

471 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 57, Z. 1746-1749 (Herv. i. O.)

472 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 37, Z. 1176-1177 (Herv. i. O.)

473 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 1, Z. 24 und S. 41, Z. 1267-1271 (Herv. i. O.)

474 Vgl. Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 57, Z. 1742-1764.

475 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 54, Z. 1649-1650.

476 „Mein Bruder hat *auch* 'ne Ausbildung gemacht, ist jetzt auf 'nem Wirtschaftsgymnasium. Man sollte ja davon ausgehen: Wirtschaftsklasse, kurz vor'm Abschluss, dass die wenigstens die Basics haben. Und dann war letzters 'ne Politik-Klausur [...] So, und da haben welche... auch, wussten das nicht, haben auch geschrieben: ‚In der Opposition ist die CDU.‘ Und das find' ich persönlich, wenn ich so was höre, total schockierend. [...] Die sagen, die lesen keine Zeitung, sie hören keine Nachrichten, die beschäftigen sich mit ihrem Leben. [...] Also, ich will jetzt nichts unterstellen, dass die vielleicht keine Zeitung lesen, aber wenn sogar mal *angebliche*... die studieren gehen wollen später, sich da nicht mit beschäftigen, find' ich, fängt das schon in der Schule an, dass da irgendwie schon Fehler gemacht werden.“ Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 55, Z. 1685-1701 (Herv. i. O.)

Beteiligung aufgefordert sei, führt etwa zur Idee einer frühzeitigen, am besten verpflichtend zu prüfenden, Staatsbürgerkunde:

„Ja, aber ich seh's auch [als] gefährlich [an], [dass Demokratien die praktische Teilhabe des Einzelnen fordern, J. S.] und ich würd's daran koppeln, vielleicht Politik als... Weiß ich nicht, wie, was weiß ich, so 'ne verbindliche Zehntklässlerprüfung, Mathe-Deutsch-Politik oder so, äh, einzuführen. Dass man wirklich auch, äh..., sich davor, äh, so 'n bisschen irgendwie kontrovers mit dem beschäftigen musste.“⁴⁷⁷

Ergänzend sei eine frühzeitige „Politikberatung“, ja ein lebensweltsensibles *coaching* sowohl unter Schülern als auch unter Erwachsenen notwendig, die einem jeden zur allgemeinen politischen Urteilsfähigkeit verhilft:

„Was will *ich* eigentlich? Weil, ich weiß das gar nicht so.' Und deswegen find' ich den Wahl-o-Mat auch so gut, weil er vielen Menschen, glaub' ich hilft, klarzukommen.“⁴⁷⁸
 „Und wer macht das denn, ehrlich jetzt mal, sich... Keine Ahnung, fünf, sechs, sieben Stunden investieren, bis man von jeder Partei mal 'nen Plan hat? Die Allerwenigsten wahrscheinlich. Wenn's schon so 'nen Wahl-o-mat gibt, warum dann nicht als... was weiß ich, vielleicht nicht die Bundesregierung..., aber dann als Öffentlich-Rechtliche Videos, keine Ahnung, drei Minuten pro Partei, die Knackpunkte?“⁴⁷⁹

Die oftmals nachdenklich auftretende Pädagogisierung politischer Auseinandersetzungen kann auch dazu führen, dass Provokationen, die eine Orientierungskrise hervorgerufen, mit einem festeren Griff zum mentalen Oberlehrer-Rohrstock beantwortet werden. Auf die Kritik einer in Russland aufgewachsenen Studentin an der allgemeinen Schulpflicht entgegnet eine MitdiskutantIn besonders entrüstet. Nicht die Möglichkeit ungebildeter und potenziell benachteiligter Sprösslinge schockiert sie, sondern vielmehr, dass unter der Ägide ungeeigneter Eltern eine Masse von Kindern mit „ganz andere[n] Werte[n]“ entstehen könnte – wie „in Amerika“:

„Ich weiß nicht, wenn man sich schon in Amerika oder so das anguckt: [...] Wenn du halt dann schwierige Familien hast, dann geben die denen vielleicht ganz andere Werte mit, und die Kinder lernen das dann gar nicht so sehr, sag' ich mal, wie wenn sie's in der Schule lernen würden, weil, ja, in der Schule kommen ja dann diese Werte mit... Demokratie, und dass man offen sein sollte und so, und ich glaub', da gibt's viele, doch, Familien, die das vielleicht noch irgendwie anders sehen. Und deswegen find' ich Schulpflicht eigentlich an sich sogar sehr gut. Also, dass Kinder wirklich hingehen *müssen*.“⁴⁸⁰

Nur ein einziges Mal wird die frühzeitige politische Bildung infrage gestellt, und zwar von einer Studentin der Forstwissenschaft, die bemerkt, Schülern fehle „die Reife“ für das Verständnis politischer Themen.⁴⁸¹ Doch ihr Einwurf findet keine Resonanz, er verstößt vielmehr sichtlich gegen Kernüberzeugungen der anderen Fokusgruppenteilneh-

477 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 52, Z. 1598-1604.

478 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 70, Z. 2164-2166 (Herv. i. O.)

479 Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 57, Z. 1810-1814.

480 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 25f., Z. 794-805 (Herv. i. O.)

481 Vgl. Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 54, S. 1562-1657.

mer. Überzeugungen, die auch in anderen Gruppen so entschlossen und unumstößlich markiert werden, dass man versucht ist, hierin Bewältigungsversuche spezifischer Ängste zu sehen. Dem ist nachzugehen, verspricht es doch näheren Aufschluss über die Gesellschaftsauffassungen von Studierenden: Welche Ziele soll die so leidenschaftlich geforderte politische Bildung erfüllen? Ihr wird zugemutet, nahezu sämtliches gesellschaftliches Polarisierungs- und Konfliktpotenzial schon an der Wurzel auszuheben. Dies soll insbesondere durch die Herabsetzung von Irrationalität, Affekten, Emotionalisierungen und Wut geschehen. Denn: Je „bildungsferner“ die soziale Herkunft, desto größer wird das Problem, dass Menschen „so wenig, auch, hinterfragen und so wenig kritisch sind, dass sie einfach sagen: ‚Ja, och, jetzt mal wat Anderes, mach‘ ich jetzt mal aus Protest!‘“⁴⁸² Des Öfteren erscheint die aus Überdruß geborene, aufgebrauchte, angestachelte und reflexionsunfähige „Masse“ (ein nur pejorativ gebrauchter Begriff, der hier immer auch Formlosigkeit suggeriert) als entscheidende Gefahr für das demokratische Miteinander. Unbildung, Emotionalisierung und Irrationalität sind für viele Studierende unmittelbar eins – und offenbar auch zentrales Scharnier des elektoralen Siegeszugs der AfD. Der visierte politisch gebildete Wähler wird demgegenüber als der bedächtige, umfassend informierte und rational abwägende Bürger imaginiert, der – und das ist ganz entscheidend – Partei- und Wahlprogramme liest.⁴⁸³ Für die Studierenden ist das ein entscheidendes Publikationsformat, glauben sie doch an solchen Programmschriften des „wahren“, da rational argumentierten und schriftlich bezeugten Gehalts der jeweiligen Partei habhaft zu werden, wie er sich hinter den rhetorischen Serpentina manipulativer politischer Eliten zu verstecken scheint. Wer das nicht sieht und sich bei der Wahl obendrein von Affekten treiben lässt, wird verspottet – so etwa die eigenen elitengläubigen Großeltern:

„Also ich find's total interessant, irgendwie, ich war schon immer, so, mehr so mittig und grün und, so, rot quasi, so, aber trotzdem ist es mal halt ganz gut, so, irgendwie FDP- oder CDU-Parteibücher zu lesen und einfach zu gucken: ‚Hey, manches ist gar nicht so verkehrt, was... oder gar nicht so unterschiedlich!‘ Und das fänd' ich irgendwie auch ganz interessant. [...] meine Oma ist halt so... Ich weiß nicht, ich kann mich da irgendwie vor 'n paar Jahren... Da war es irgendwie halt [...] kurz vor der Wahl, und dann hat Merkel halt irgendwie so 'ne Rede gehalten, und meine Oma hat so... danach so...: ‚Boah, das ist so toll, was die erzählt!‘, und so. Und die war so begeistert, und ich dachte mir nur so: ‚Och Mensch, Oma, du hast doch keine Ahnung!‘ [lacht] Das fand ich irgendwie ganz krass.“⁴⁸⁴

Wahlsimulationen oder die gemeinsame Lektüre von Wahlprogrammen scheinen daher auch aus der Sicht angehender Lehrkräfte als das Mittel der Wahl für die schulische Bildung, so etwa in dem hier wiedergegebenen *best practice*-Beispiel:

„Ein Lehrer hat zum Beispiel auch, ähm, alle Wahlprogramme zu den sechs großen Themen, die es so gibt – also so Bildung, Familie, Sicherheit, äh, Flüchtlinge war auch ein Thema, was er da zusammengefasst hat..., und jeweils auf einer Seite von allen

482 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 50, Z. 1584-1589 (Herv. i. O.)

483 Vgl. Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 1655-1661.

484 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 49, Z. 1555-1558 und 29f., Z. 927-932.

relevanten Parteien – auch von der AfD –, dann, halt aufgeschrieben, was so in deren... was so in deren Partei... oder deren Wahlprogrammen dazu stand. Und dann konnten die Schüler sich das durchlesen, und es wurde auch immer thematisiert und drüber gesprochen.“⁴⁸⁵

Besonders beliebt unter Studierenden ist dementsprechend auch der Wahl-o-Mat, wähnt man mit ihm doch ein übersichtliches Aufbereitungs- und Filterinstrument von Wahlprogrammen in den Händen.⁴⁸⁶ Nur einmal wird der Einwand erhoben, dass auch andere, nicht-demagogisch agierende Parteien grundsätzlich eher aufgrund affektiver Affiliationen und aktueller Themen, aber „nicht unbedingt wegen ihres Programms“ gewählt werden – und daraufhin ignoriert.⁴⁸⁷ Es dominiert die Pädagogisierung und auch Pathologisierung von Wählern rechter und rechtsradikaler Parteien. Folgerichtig treten die Studierenden – zumindest dort, wo dieses Thema angesprochen wird – als entschiedene Gegner plebiszitärer Entscheidungsverfahren auf Bundesebene auf. Zwar befürworten sie moralisch die damit verbundene Idee stärkerer Einflussnahme von unten; zu gefährlich aber erscheint auch hier das Risiko einer Beteiligung von Ungebildeten, Emotionalisierten und Verführten. Wenn Volksentscheide denn unbedingt durchgeführt werden sollen, dann müsste jedenfalls „die Aufklärung über das [...], was da abgestimmt werden soll, ganz, ganz, ganz groß sein, weil, sonst kann’s halt echt total nach hinten losgehen“, sodass Menschen „mit so ’nem Halbwissen“⁴⁸⁸ (aus der Gruppe ertönt entschiedene Zustimmung) mitentscheiden. In der 4. und 5. Fokusgruppe wird diese Angst, dass etwa politischer Schutz von Minderheiten gefährdet sein könnte, durch die wechselseitige Bestärkung am drastischsten formuliert:

„B5: [...] Gerade die politische Bildung müsste sehr viel höher sein. Weil, ansonsten ist es halt echt ’n bisschen schwierig, dann denken... Also, ich hätte davor echt ’n bisschen Angst, wenn da jeder... B3: Ich auch. Ich hätte ganz *schön* Angst davor. B5: ... jeder Mensch mit ’ner radikalen Meinung dann halt einfach irgendwie...“⁴⁸⁹

„Du kannst die Menschen ja auf keinen Fall *zwingen*, sich irgendwie über Dinge zu informieren, und so. Aber so bestimmte, eben große, schwerwiegende, Entscheidungen einer Masse zu überlassen, die mal eben aus dem Bauch heraus, nachdem sie – jetzt völlig plakativ gesagt –... gerade irgendwie von zuhause vom Abendessen kommt, jetzt nochmal wählen geht und dann wieder nach Hause geht, ist [...] schwierig.“⁴⁹⁰

Nur im letzten Falle wird anschließend selbstkritisch konzediert: „Andererseits: Was nehm’ ich mir das Recht ’raus, das zu beurteilen, was die Leute wählen wollen?“⁴⁹¹ Natürlich gibt es gute Argumente gegen Volksentscheide. Wichtig aber sind hier die an den Äußerungen abzulesenden Beweggründe und Ängste, die sich an die Thematik heften; es handelt sich um die diffuse Furcht vor politisch emotionalisierten Mitmenschen, besonders unkontrollierbaren und verführbaren Massen, die sich von weit rechts anshi-

485 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 50, Z. 1573-1579.

486 Vgl. etwa Transkript der 6. Fokusgruppe, S. 57, Z. 1810-1814.

487 Transkript der 2. Fokusgruppe, S. 52f., Z. 1663-1664.

488 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 43, Z. 1350-1360 (Herv. i. O.)

489 Transkript der 4. Fokusgruppe, S. 41, Z. 1299-1306 (Herv. i. O.)

490 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 53, Z. 1615-1624 (Herv. i. O.)

491 Transkript der 5. Fokusgruppe, S. 53, Z. 1624-1625.

cken, die politischen Kräfteverhältnisse umzustürzen. So ist denn politische Bildung, ist auch das Lesen von Wahlprogrammen für viele Studierende der entscheidende Lösungsansatz für das AfD-Problem. Aufklärung schlägt Rechtspopulismus:

„Ich glaub', das AfD-Phänomen basiert so'n bisschen, einfach, wirklich auf *Ängsten*, weil: Allein, dass so Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern, die 'ne extrem geringe Ausländerquote faktisch haben, eine ausländerfeindliche Partei wählen, ist halt auch so'n bisschen, so, Uninformiertheit. Ich glaub', dass da auch viel, einfach, Schwächen im *Bildungssystem* vielleicht auch waren... und da nicht gegriffen haben, oder Schwächen im *Kontakt* mit anderen Leuten, so.“⁴⁹²

„Also, ich hatte jetzt ein Seminar, wo Rechtspopulismus war, und wir haben ganz viel über die AfD gelesen, also ganz viele Texte und wer das gewählt hat und warum, und haben uns auch das Parteiprogramm durchgelesen. Und erst, als wir das wirklich, so, gelesen haben, dieses Parteiprogramm... ist einem aufgefallen, wie schockierend das ist, dass die Partei so weit vorne ist, oder die stärkste Opposition geworden ist, und dass es so viele Wähler gibt, die der Partei folgen, oder so viele Eintritte – weil sie sich einfach gut vermarkten können und einfach wirklich, so, ja, 'ne andere Wahl gegeben haben. Weil viele unzufrieden haben. [...] Wenn man wirklich jedem Wähler mal das Parteiprogramm gegeben hätte und die sich das wirklich mal durchgelesen hätten, was da für'n Schwachsinn wirklich drinsteht. Und das find' ich eher so schockierend, dass sich keiner damit auseinandersetzt, sondern nur auf die Medien hört... was da preisgegeben wird.“⁴⁹³

„Ja, durch Statistiken und sowas weiß man ja mittlerweile, woher zum Beispiel [der] Rechtsruck in Deutschland kommt, oder was Unbildung für 'ne... für Auswirkungen auf die Gesellschaft hat.“⁴⁹⁴

In gewissem Sinne dämpft die so visierte politische Bildung nicht nur AfD-Erfolge, sondern hilft zugleich auch dem Problem der politischen Apathie ab – indem nämlich per Aufklärung der „Richtigen“ eine Gegenmobilisierung möglich wird:

„Ja, es ist legitim, natürlich, die AfD zu wählen, aber momentan sind sie überrepräsentiert! Im Großen und Ganzen gibt es zu viele Nichtwähler, und wenn diese Nichtwähler hätten mobilisiert werden können von den anderen Parteien, vielleicht auch durch mehr politische Bildung aus den anderen Richtungen, dann wär's zu diesem Ergebnis sicherlich nicht gekommen.“⁴⁹⁵

Dass die sich in der Wahl der AfD immer auch ausdrückenden inhaltlichen Interessen, etwa die Forderung nach einem Rückbau der Migrationsgesellschaft und die Sehnsucht nach Protektionismus vermeintlicher Etabliertenvorrechte, immer wieder durchaus auch nüchtern und intransigent formuliert werden, ohne dass ein maliziöser Verführer mithilfe demagogischer Tricks solches erst hervorruft, und dass sich solche materiellen Interessenlagen nicht allein durch die formalistische Zivilisierung des Modus

492 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 43, Z. 1310-1315 (Herv. i. O.)

493 Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 63, Z. 1924-1934 (Herv. i. O.)

494 Transkript der 7. Fokusgruppe, S. 20, Z. 637-639.

495 Transkript der 1. Fokusgruppe, S. 45, Z. 1377-1382.

der Konfliktregulation allein nivellieren lassen, kommt allenfalls als marginaler Gedanke auf. Wo er erscheint, wird er von anderen wieder eingefangen.⁴⁹⁶ Erkennbar wird das demokratisch und politisch Richtige auf Rationales reduziert – denn gebildete Rationalität und durch Vernunft gereinigte Innerlichkeit schafft eo ipso Verständigung, mithin Integration und „tolerante“, „offene“, kosmopolitische Eintracht integrierender Demokraten. Entscheidend ist, dass alle Mitglieder der Gesellschaft zentrale „Werte“ und „Haltungen“ verinnerlichen. Ohne für politische Deutungsangebote rechts der Mitte Partei zu ergreifen, lässt sich daraus doch folgern: Unter der besorgt-liberalen studentischen Rhetorik der politischen Bildung haust ein deutlicher paternalistisch-autoritativer Zug. Damit aber befinden sie sich im Grunde auf einer Linie mit der spezifisch deutschen, aus dem Geiste der re-education geborenen Tradition politischer Bildung. Ein kurzer Seitenblick verdeutlicht das: Per Kontrollratsdirektive Nr. 54 initiierten die US-amerikanischen Besatzungsmächte am 25. Juni 1947 den Versuch einer postfaschistischen Umerziehung der deutschen Bevölkerung zur Demokratie bzw. einer Herausbildung demokratischer Resistenzkräfte, ansetzend bei der Jugend und damit an der Reformierung des Bildungswesens.⁴⁹⁷ In der Tradition demokratischer Egalität, aber auch geprägt vom Philosophen John Dewey, Galionsfigur des amerikanischen Pragmatismus, zielte die Umerziehung auf „Erhöhung des Staates und Unterwerfung des einzelnen“⁴⁹⁸ in expliziter Abgrenzung von den als proto-totalitär eingeschätzten deutschen Bildungsvorstellungen mit ihren vom Deutschen Idealismus herrührenden Selbstverständnis. So wie Deweys Betonung der „Demokratisierung“ des gesellschaftlichen Lebens und die Herausbildung einer spezifisch demokratischen Lebensform gerade den „Individualismus“ zugunsten einer kollektiv-verantwortlichen Sozialmoral beschränken sollte,⁴⁹⁹ zielte das re-education-Programm zwar auf den Abbau schulischer Hierarchien zugunsten freien Meinungsaustauschs, aber eben auch auf die Durchsetzung einer ausgeprägten, werte- und wettbewerbsorientierten sozialen Konformität mit besonderer Betonung von „Bürgersinn“ und „sozialer Verantwortung“ in einer Gesellschaft allgemeiner Chancengleichheit.⁵⁰⁰ Demokratie als „Lebensform“ hieß, die Verinnerlichung von „Grundwerten“ wie „Würde des Individuums, Toleranz, individuelle Freiheit, Teilnahme an bürgerlichen Verantwortlichkeiten sowie Anerkennung der Gleichheit aller Nationen und Rassen“ sicherzustellen.⁵⁰¹ Die entscheidende Differenz der deutschen politischen Bildung zur US-amerikanischen bestand in der Installierung eines eigenen Unterrichtsfachs, der „Sozialkunde“, welche unter Rückgriff auf sozialwissenschaftliche Kenntnisse die Vermittlung politischer Bildung an alle künftigen Staatsbürger sichern

496 „B1: [...] Gut, wär' da jetzt irgendwelche Aufklärung 'ne Möglichkeit gewesen? Oder wenn Leute mehr politisches Wissen gehabt hätte, wär' das anders ausgegangen? Oder haben die Leute einfach alle diese Meinung, die ich eher nicht so schön finde, und...? B2: Die haben sich eben viel blenden lassen, hab' ich das Gefühl. B1: Ja.“ Transkript der 3. Fokusgruppe, S. 62, Z. 1915-1922.

497 Vgl. Gagel, Walter: Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1989/90. Zwölf Lektionen, Wiesbaden 1994, S. 32-35.

498 Ibid., S. 34.

499 Vgl. Dewey, John: The Ethics of Democracy, in: Boydston, Jo Ann (Hg.): Early Works of John Dewey, 1882-1953, Bd. 1, Carbondale 2008, S. 243f.

500 Vgl. Gagel: Geschichte der politischen Bildung, S. 34-37.

501 Ibid., S. 37.

sollte.⁵⁰² An politischen Auseinandersetzungen über den Zweck der politischen Bildung seit Gründung der Bundesrepublik mangelt es ebenso wenig wie an wiederholten Reformen und Neukonzeptionen dieses fraglos wichtigen Bereichs der Bildungspolitik. Zu nennen wären hier, neben konzeptuellen Disputen und Schulstreits, etwa der angesichts der „Politisierungsversuche“ in den 1970er Jahren verabschiedete Beutelsbacher Konsens („Überwältigungsverbot“, Kontroversitätsgebot, Ermächtigung zur Erkenntnis eigener Interessenlagen und Einflussmöglichkeiten in der schulischen politischen Bildung⁵⁰³) oder das im vereinigten Deutschland auf neue rechtsextremistische Phänomene reagierende Münchner Manifest der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung von 1997, welches unter dem Titel Demokratie braucht politische Bildung als künftige Aufgabe politischer Bildung die Förderung der „Demokratiekompetenz“ der Bürger „für die Stabilität der Demokratie auch in schwierigen Zeiten“, insbesondere deren Fähigkeit zur Partizipation und Intervention in einer aktiven Zivilgesellschaft, fixierte.⁵⁰⁴ Die „Prinzipien des Pluralismus, der Kontroversität und der Rationalität“⁵⁰⁵ in einer aktiven Gesellschaft „mündige[r] Bürger“⁵⁰⁶ gehören bis heute zu den Leitidealen politischer Bildung in Deutschland. Trotz der unverkennbaren rhetorischen Modernisierungsarbeit mithilfe von Begriffen wie „Kompetenzen“ oder „Fähigkeiten“ ist jene starke paternalistisch-erzieherische Schlagseite des (west-)deutschen Verständnisses politischer Bildung bis heute erhalten geblieben, die in der aus politischer Unbildung drohenden Unmündigkeit eine potenziell destabilisierende Gefahr der demokratischen Ordnung sieht. In einer Zeit eines vielfach konstatierten⁵⁰⁷ wachsenden Institutionen-Misstrauens und rechter Wahlerfolge kann sich diese Auffassung zu einem vermeintlich überpolitischen, tatsächlich aber hochpolitisierten (links-)liberalen Kampfprogramm radikalisieren, welches der Politikwissenschaftler Philipp Manow vor dem Hintergrund eines tatsächlichen langjährigen Bedeutungsverlusts von grundstürzenden Sachauseinandersetzungen im Parlament durch eine starke „disruptive“ Exekutiv- und Konsensorientierung der Regierungspraxis⁵⁰⁸ jüngst polemisch als „Extremismus der Mitte“ bezeichnete:

„Wenn sich zentrale politische Fragen nicht mehr in den zentralen politischen Institutionen abbilden, sehen sich diese zentralen Institutionen selber schnell infrage gestellt. Hierauf ist mit mehr Appellen an die Zivilgesellschaft, intensiveren Demokratiebekenntnissen oder mit noch mehr schlechter Musik in guter Absicht [gemeint

502 Vgl. *ibid.*

503 *Ibid.*, S. 219.

504 Vgl. o. V.: Demokratie braucht politische Bildung. Zum Auftrag der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung. „Münchner Manifest“ vom 26. Mai 1997, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 32/1997, S. 37–39.

505 Massing, Peter: Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, in: bpb.de, 19.03.2015, online einsehbar unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193394/bundes-und-landeszentralen?p=all> [eingesehen am 01.08.2019]

506 Detjen, Joachim: Die Demokratiekompetenz der Bürger, in: bpb.de, 26.05.2002, online einsehbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/25554/die-demokratiekompetenz-der-buerger?p=all> [eingesehen am 01.08.2019]

507 Vgl. etwa Rosanvallon, Pierre: *Counter-Democracy. Politics in an Age of Distrust*, Cambridge/New York 2008.

508 Vgl. Meinel, Florian: *Vertrauensfrage. Zur heutigen Krise des Parlamentarismus*, München 2019.

sind etwa Benefizkonzerte unter dem Motto #wirsindmehr und „Konzert für die Vielfalt“ nach den rechtsextremen Ausschreitungen in Chemnitz 2018, J. S.] nicht angemessen geantwortet. [...] Die Kombination aus Exekutivföderalismus und aufgesplittertem Parteiensystem befördert diese sehr deutsche Liaison aus ‚Gesinnungsethik und Bürokratie‘ (Meinel). Über den Funktions- und nachfolgenden Ansehensverlust des Parlamentarischen muss man sich dann nicht weiter wundern.“⁵⁰⁹

Dass es immer wieder Versuche gibt, die vermeintliche demokratische Mitte als „moralischen Schlagbaum“ gegen Wähler „populistischer“ Parteien in Stellung zu bringen, wird sogar im epistemologischen Rüstzeug von Studien wie dem *Populismusbarometer* deutlich.⁵¹⁰ Tatsächlich: „Die implizite Position vieler Antipopulisten scheint zu sein, dass sich eine demokratische und tolerante Geisteshaltung bei dem Großteil der Bürger irgendwie spontan selbst generiert“⁵¹¹ – und diese implizite Position, wie sie sich in den Köpfen von Politikwissenschaftlern, Publizisten und Journalisten, Politikern, Lehrkräften oder eben auch Studierenden findet, ist *auch* das Produkt des hierzulande vermittelten Verständnisses politischer Bildung. Freilich: Aus der Sicht der Studierenden stellt sich die politische Bildung nur als logische Verlängerung der allgemeinen Bildungsempphase dar. Sie verwenden die Begriffe „Bildung“ und „politische Bildung“ häufig synonym. Aber es ist doch nachdrücklich in Zweifel zu ziehen, ob sich denn die Humboldt'sche Selbstbildung vernunftfähiger, über die bürgerliche Gesellschaft interagierender Monaden überhaupt mit *re-education*, d. h. mit der pädagogischen Imprägnierung durch als demokratieförderlich angesehene Werthaltungen und Einstellungen, kurz: mit einem letztlich vor-neuhumanistischen oder zumindest trans-neuhumanistischen Verständnis von Pädagogik vermitteln lässt. Die Diskussion, ob Bildungsideale überhaupt etwas zur Lösung aktueller politischer Konfliktlinien beizutragen vermögen, soll hier nicht aufgenommen werden; wichtig ist, dass sie es in den Augen der Studierenden durchaus tun – und zwar als Aufklärung der Massen mit dem Ziel der Befähigung zum „richtigen“ Engagement.

Zu resümieren ist *erstens* zwar, dass die Studierenden die Beschäftigung mit Politik und politischen Themen für wichtig, ja verpflichtend halten, und daran eine in den Fokusgruppen dominante Sozialethik ableiten. Politische Apathie im Sinne von Anteilnahmslosigkeit gehört nicht zum guten Ton, ja erscheint amoralisch, weshalb manche Fokusgruppenteilnehmer strategisch abwarten, bevor sie ihre persönliche Praxisabstinenz gestehen, oder aber auf ihr stetes Bemühen um ein angemessenes Informationsniveau verweisen. Für das Nichtwählen optiert niemand, obwohl es durchaus institutionenkritische Passagen gibt, in denen ein solches aus der Entfremdung vom „großen“ politischen Prozess resultierendes Verhalten immerhin plausibel wäre. Gesellschaft funktioniert, zumindest den verbalen Bekundungen nach zu urteilen, nicht ohne das verantwortungsbewusste Zutun der Einzelnen. Darin besteht ein großer Unterschied zu den nichtstudierenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Vor-

509 Manow: Der Extremismus der Mitte, S. 8 und 9f.

510 Vgl. Boehncke, Clemens: „Die Hölle, das sind die Anderen“. Das Populismusbarometer 2018 als moralischer Schlagbaum, in: Demokratie-Dialog, H. 3/2018, S. 68–74.

511 Jörke, Dirk/Selk, Veith: Der hilflose Antipopulismus, in: Leviathan, 43. Jg., H. 4/2015, S. 484–500, hier S. 496.

gängerstudie, die das Funktionieren gesellschaftlicher Zusammenhänge als gegeben und das Nichtwählen infolge geringer individueller Einflusschancen als legitim erachteten.⁵¹² Allerdings ergeben sich doch Zweifel, wie weit die hier zu beobachtende Neigung zum gesellschaftspolitischen Parlieren führt, wenn es um die Herausbildung und um das Durchfechten politischer Positionen im Einzelfall geht. Konkrete politische Themen beschäftigen sie – hier wiederum der nichtstudierenden Jugend identisch⁵¹³ – nur, wo sie sich persönlich betroffen sehen, etwa bei Themen wie BAföG, Nebenjob, Miete und Krankenkassenbeitrag. Oft flüchten sich die Studierenden in allgemeine Bekenntnisse, die auf ihren Königsweg, die (politische) Bildungsempfängerphase zurückdeuten. An der wiederkehrenden Reduktion rechter Wahlerfolge auf durch politische Bildungsdefizite bedingte Frustrationen und Emotionen, an der rationalistischen Engführung von Wahlprogrammen und an der Verbindung von Apathie-Klage und Konfliktscheu ist das zu erkennen. Man ist „pragmatisch“ und „tolerant“, aber dadurch eben auch indifferent, beliebig, praxisavers, ja tatsächlich: ratlos.⁵¹⁴ Gerade im Vergleich mit den 1970er und 1980er Jahren ist das auffällig, lässt sich doch ohne falsche Romantisierung sagen: Damals schärfen und konturierten sich die weltanschaulichen Profile zwischen „linken“ und „rechten“ Studierenden in kontinuierliche Auseinandersetzung, ja im konfrontativen Streit.⁵¹⁵ Heute wird Politisierung ideell befürwortet, aber praktisch abgelehnt – einerseits, weil sie aktuell rechten und rechtsradikalen Bewegungen zugutekommt, andererseits, weil Unruhe, Konfliktivität und Streit den Studierenden Kopfschmerzen bereiten. Sie präferieren den ruhigen, geordneten und vor allem: vernünftigen Disput. Gut ist, was rational bleibt; schlecht ist, was emotional zu werden droht. Politische Bildung soll zu Ersterem erziehen.

Darauf aufbauend *zweitens*: Obwohl sie viel und gerne reflektieren, führt das vollmundige Bekenntnis zum politischen Handlungsbedarf im Zeichen der Funktionsfähigkeit demokratischer Ordnungsprinzipien nicht zu einem tatsächlich hohen politischen Aktivitätsniveau, was großen Rechtfertigungsdruck auf die Studierenden ausübt, ja ein beinahe drückend schlechtes Gewissen verursacht. Wie bereits die Online-Erhebung des *Studierendensurveys* von 2011 suggerierte,⁵¹⁶ üben sie häufig stark moralisierende Gesellschaftskritik bei nur geringem persönlichem Engagement für bestimmte Ziele, betätigen sich auch kaum aktiv und ausdauernd in politischen Organisationen. Deutlich höher ist, wie erwartet, der Grad an zivilgesellschaftlichem, insbesondere ehrenamtlichem und themen- bzw. projektbezogenem Engagement. Hier wird häufiger die Erfahrung gemacht, im Kleinen zuzupacken, ohne institutionelle Verfälschungen etwas „bewirken“ zu können. Und grundsätzlich bestätigt sich ein in vielen sozialwissenschaftlichen Studien immer wieder auffallender Zusammenhang auch hier: Wer Er-

512 Vgl. Schenke et al.: PEGIDA-Effekte, S. 190f. und 204.

513 Vgl. *ibid.*, S. 190f.

514 „Was auf den ersten Blick nach mehr Toleranz oder Großzügigkeit aussieht, erweist sich, genauer besehen, als Konzept- und Positionslosigkeit. Bei immer mehr Studierenden geht damit eine Scheu vor der eigenen Meinungsbildung einher. Die studentische Zurückhaltung mag als ein Ausweis von Ideologiefreiheit angesehen werden, beinhaltet aber vor allem Gleichgültigkeit und Beliebigkeit.“ Bargel/Simeaner: Gesellschaftliche Werte und politische Orientierungen, S. 15f.

515 Vgl. *ibid.*, S. 14 und 16.

516 Vgl. *ibid.*, S. 14.

fahrung mit politischem Engagement und politischen/zivilgesellschaftlichen Organisationen hat, der entwickelt ein gewisses Maß an Selbstbewusstsein und Durchsetzungsfähigkeit; dessen politische und institutionelle Informationslage fällt voluminöser und differenzierter aus; dessen Diskussionsstil gerät energischer, zupackender, analytischer und lösungsorientierter. Alle Studierenden aber – auch die praktisch Engagierten – zeigen in ihrer Distanz zur „großen“ Politik als alltagsferner Sphäre ein ausgeprägtes Maß an „Politikerverdrossenheit“⁵¹⁷. Den in Kapitel III.2 wiedergegebenen Wahlpräferenzen der Studierenden ist hinzuzufügen, dass im Grunde *keine* politische Partei – nicht einmal die Grünen – ein größeres Maß an studentischem Vertrauen für die Herstellung einer besseren Zukunft binden kann. Die persönlichen Einflussmöglichkeiten durch die Partizipation an Wahlen werden im Grunde von allen als bedauernswert gering eingeschätzt; Parteibürokratien, Machtkalküle und das Verhängnis der Interessenaggregation absorbieren aus ihrer Sicht jeden originären Veränderungsimpuls oder überformen ihn im Laufe einer langen Ochsentour so nachhaltig, dass die Aufnahme solcher Anstrengungen vollends unattraktiv gerät. Über konkretes politisches Personal und über Inhalte und Vorhaben von Parteien reden sie – ähnlich wie die nichtstudierenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen⁵¹⁸ – nicht. Lösungen für dieses Problem finden auch die in Politgruppen aktiven Studierenden nicht. Vollkommen eliminiert ist insbesondere die historisch gesehen einst elementare Vorstellung einer kollektiven Zugehörigkeit zur Gesamtmasse der Studierendenschaft, und sei es in Gestalt eines Wunschbildes, einer erst herzustellenden Kollektivität mit gemeinsamen Interessen. Es gibt derzeit keinen Verband und keine Hochschulgruppe, die bundesweit legitime Repräsentationsansprüche erheben und auf der Grundlage dieser Legitimität politische Ziele durchsetzen kann. Das verweist wiederum zurück auf die in Kapitel III.3.1 skizzierte Disparatheit und Zerstreuung studentischer Orientierungsmaßstäbe: Sie ist auch Resultat der fehlenden Bündelungs- und Formungsarbeit einer organisierten Studierendenschaft. Man pflegt das Idealbild des „kompetenten“ Bürgers, der souverän und mutig partizipiert, doch scheitert daran, gesteht schließlich zerknirscht seine Überforderung ein oder sucht nach – teilweise beeindruckend elaborierten – Rechtfertigungen im Büssergewand des *mea culpa*. Warum setzen sich die Studierenden derart selbst unter Druck?

517 Eine der fünf Pickel'schen Dimensionen der Politikverdrossenheit, vgl. Pickel: Jugend und Politikverdrossenheit, S. 90–92.

518 Vgl. Schenke et al.: PEGIDA-Effekte?, S. 201–203.